Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für Halle-Merseburg mit der illustrierten Internationalen Arbeiter-Zeitung „Sichel u. Hammer"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Montag nachm., außer Sonn- u. Feiertag. Bezugspreis: frei Haus für Monat März 2.40 Mark, durch die Post bezogen 2.40 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e.G.m.b.H., Halle, Merseburgerstr. 14.

Herausgeber: Richard Schnetter

Anzeigenpreis: 9 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 38 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Merseburgerstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Krob, Halle

Einzelpreis 15 Pf. | **Montag, den 31. März 1924** | **4. Jahrgang * Nr. 26**

Die Lehren der Kämpfe in der Chemie

Von Siegfried Wilner, Halle

Das Kapital führt seine Offensive gegen das Proletariat seit Oktober mit verschärfter Wucht. Nachdem verschiedene Arbeitergruppen niedergeschlagen waren, wurden auch die chemischen Arbeiter vor die Entscheidung gestellt, den Kampf für den Achtstundentag aufzunehmen. In Ludwigshafen entbrannte der Kampf gegen eine Verlängerung der Arbeitszeit, in den chemischen Betrieben spontan. Mit rücksichtslosester Schärfe trat dort das chemische Proletariat den Chemiegewaltigen und ihren Söldnern gegenüber. Mit Hilfe der Staatsmacht, mit Maschinengewehren und Karabinern versuchte man die Bewegung niederzuschlagen. Zahlreiche Tote und Verwundete waren das Ergebnis des heimtückischen Angriffes der Schupo auf die Kämpfenden. Die Arbeiter wehrten sich. Noch heute kann sich kein Schupo auf den Straßen sehen lassen, ohne in Gefahr zu sein, der Rache der äußerst erbitterten chemischen Arbeiter zu verfallen. Das Proletariat hat dort die Straße erobert. Seine Kraft war stark genug, selbst die bürgerlichen Gemeinde- und Stadtverwaltungen und sonstige Behörden zur Unterstützung des Kampfes durch Verteilung von Nahrungsmitteln zu zwingen.

Auch in Mitteldeutschland versuchte das Chemiekapital die Arbeitszeit zu verlängern. Von den Direktionen wurde eine Abstimmung über die Abschaffung des Achtstundentages durchgeführt, die eine einheitliche Ablehnung der Mehrarbeit ergab. In dem elektrochemischen Werke Bucau bei Ammendorf wurde die Abstimmung über die Einführung der Zwölfstundenschicht von der Belegschaft verhindert. Daraufhin wurden einige Tage später sämtliche Arbeiter der dauenden Firmen entlassen. 12 Prozent der Belegschaft sollte am nächsten Zahltage die Papiere erhalten. — Die Anhaltischen Sprengstoffwerke A.-G. Reinsdorf bei Wittenberg versuchten neben dem Abbau des Lohnes die verlängerte Arbeitszeit durchzuführen. Nach sechswöchentlicher Aussperrung gelang es der Belegschaft die alten Arbeitsbedingungen zu erhalten. — In Bitterfeld kam es während des Streiks der Bergarbeiter infolge Kolenmangels zur Stillegung der chemischen Betriebe. Zirka 30 Prozent der Belegschaft wurde nicht wieder eingestellt. — Am 29. Februar fand eine Abstimmung im Leunawerk über die Einführung der Neunstundenschicht statt. Das Resultat war: 5786 gegen und 190 für Verlängerung der Arbeitszeit. 6 Prozent der Belegschaft war krank, 4 Prozent der abgegebenen Stimmen waren ungültig. Aehnlich lagen die Verhältnisse in den übrigen Betrieben.

Das Chemiekapital wich in der Mehrzahl der Betriebe, nach Ausbruch des offenen Kampfes in Ludwigshafen der Entscheidung aus, um eine geschlossene Abwehrbewegung über das gesamte Reich zu verhindern, trotzdem bereits ein Schiedsspruch zur Einführung der Neunstundenschicht gefällt worden war. Nur in Bitterfeld bestand man auf die Einführung der Neunstundenschicht. Die Opposition in den Gewerkschaften rief, nachdem sich eine von den reformistischen Gewerkschaftsführern zusammengerufene Funktionärkonferenz gegen den Kampf entschieden und eine Sympathie-Erklärung für die Ludwigshafener Arbeiter abgelehnt hatte, zum Abwehrkampfe auf. Diesem Rufe leisteten die Belegschaften der Anilin- und Säurefabriken in Bitterfeld Folge und verließen nach acht Stunden den Betrieb. Da jedoch andere Werke nicht die Kraft aufbrachten, ebenfalls in den Kampf zu treten, beugten sich auch die zum Kampf bereiten dem Unternehmerdiktat.

In diesem ersten Stadium des Kampfes zeigte sich sehr kraß der Mangel einer zentralen Führung für die Bewegung der chemischen Arbeiter. Die Gewerkschaftsopposition ging infolgedessen sofort an die Bildung einer derartigen Kampfleitung für den gesamten Bezirk, welche sich gliederte in Betriebs-, Orts- und Bezirkskampfleitungen, die in ständiger Verbindung zueinander standen und gegebenen Falls ihre Tätigkeit illegal durchzuführen hatten. Nach dem Ruf aus Ludwigshafen: „In Mitteldeutschland wird Streikarbeit für die Anilinkönige geleistet!" organisierte die Kampfleitung mit größter Energie die Solidaritätsbewegung. In zirka 12 Versammlungen wurden folgende Forderungen an den Arbeitgeberverband der Chemie gestellt: Unterbindung jeder Mehrproduktion während des Ludwigshafener Kampfes; Garantie für die Beibehaltung der Achtstundenschicht; Wirtschaftsbeihilfe in Höhe von zwei Wochenlöhnen und einige andere Dinge. In großen Massen von Flugblättern und Betriebszeitungen wurden die Arbeiter eingestellt auf den Kampf. Die Kampfleitungen traten fast täglich zusammen, um die notwendigen Maßnahmen zu beraten und zu beschließen. Den Unternehmern wurde ein Ultimatum gestellt, die Forderungen bis Dienstag, den 25. März, zu erfüllen. Nach deren Ablehnung nahmen am Mittwoch wiederum 13 Versammlungen der chemischen Arbeiter, die von zirka 15 000 Arbeitern (50 Prozent der gesamten Arbeiter der Chemie Mitteldeutschlands) besucht waren, zur Lage Stellung und beschlossen einmütig den Kampf. Die Stimmung in allen Versammlungen war äußerst kampfesfreudig. Die Kampfesparole wurde in derselben Nacht durch einen Aufruf unter den übrigen Massen der Arbeiter verbreitet. Es war zu hoffen, daß nunmehr der Kampf auf der ganzen Linie entbrennen würde. Die Arbeiter hatten in den Versammlungen gelobt, am nächsten Morgen in die Betriebe zu gehen, sofort in Belegschaftsversammlungen zusammenzutreten, dort zur Lage Stellung zu nehmen, nochmals auf die Erfüllung der Forderungen bei den Direktionen zu dringen und bei Ablehnung geschlossen die Betriebe zu verlassen.

Diese Maßnahmen wurden von den Arbeitern nicht durchgeführt. Im Leunawerk, in dem nach den Märzkämpfen die Zusammensetzung der Arbeiterschaft für die Bewegung eine äußerst ungünstige war, herrschte eine starke Kampfesstimmung. In vielen Bauten wurde die Arbeit stundenlang nicht aufgenommen. Trotzdem kam es nicht zu einer Zusammenfassung der Kräfte und zu einer geschlossenen Kampfesaufnahme. Niemand in den Betrieben fand die Energie, in diesem entscheidenden Moment rücksichtslos die Führung an sich zu reißen, die vorhandene Kampfesstimmung zum Durchbruch zu bringen und die Arbeiterschaft geschlossen aus den Betrieben zu führen. Ein Grund dieses Versagens mag sein, daß die Chemiegewaltigen durch den Druck der Arbeiter veranlaßt, die Parole verbreiteten, daß die Einführung der neun- und zwölfstündigen Arbeitszeit nicht in Frage käme. Aber trotzdem ist da-

Die Welle der Abwehrkämpfe steigt

(WTB.) Mannheim, 30. März.

Wegen Lohnstreitigkeiten haben die Rangierer des Güterbahnhofes und die Belegschaft des Betriebswerkes gestern die Arbeit niedergelegt. Etwa 1000 Mann sind ausständig.

Die Vertreter der Belegschaften haben der Reichsbahndirektion folgende Forderungen der Streikenden überreicht: 1. Sofortige Lohnerhöhung; 2. Wiedereinführung der durchgehenden achtstündigen Arbeitszeit; 3. Einstellung des Personalabbaus. Inzwischen hat sich der Streik auch auf das Bahnbetriebswerk Mannheim, den Rangierbahnhof, den Personenbahnhof und auf den Bahnhof Mannheim-Rheinau, sowie auf Schwetzingen ausgedehnt.

(Eig. Drahtm.) Mannheim, 31. März.

Der Streik der Eisenbahnarbeiter dehnt sich aus. Es sind zu den Streikenden hinzugekommen die Belegschaften des Personenbahnhofs Mannheim, des Bahnhofs Mannheim-Rheinau, die Bahnmeisterei II Mannheim, die Bahnbetriebswerke Mannheimer Personenbahnhof, Heidelberg und das Eisenbahn-Ausbesserungswerk Wettingen. Außerdem haben die Belegschaften der Bahnmeistereien 2, 5 und 6 sowie Friedrichsfeld-Nord und Bahnmeisterei 76 Friedrichsfeld die Arbeit niedergelegt. Die Zahl der Ausständigen ist auf 3000 gestiegen.

(Eig. Drahtm.) Stuttgart, 31. März.

Die Eisenbahnarbeiter des Eisenbahnknotenpunkts Aulendorf sind am Sonnabend in den Streik getreten. Heute sind auf den Stationen Heilbronn, Biedigsheim, Ludwigsburg, Feuerbach und Kochlingen die Eisenbahnarbeiter wegen Lohn- und Arbeitszeitforderungen in den Ausstand getreten. Sie fordern die Eisenbahnbeamten zur Solidarität auf. Die Reichsbahndirektion Stuttgart versucht die Teno gegen die Streikenden einzusetzen. Unter den Streikenden herrscht große Kampfentschlossenheit.

(Eig. Drahtm.) Stuttgart, 31. März.

Auf der Reichswerkstätte Rosenstein bei Stuttgart, wo die Arbeiter durch Polizeimannschaften ausgesperrt wurden, sind 30 bis 40 Mann, fast ausnahmslos Studenten, mit neuen blauen Anzügen und Stiefeln ausgestattet worden. 40 Betten wurden im Betrieb eingerichtet. Für die Elemente ist Geld vorhanden in Hülle und Fülle. Die Arbeiter betteten seit Jahr und Tag um blaue Anzüge. Da war eben immer nichts da. Im Güterbahnhof Stuttgart sind auch 40 Mann der „Teno" einmarschiert. Diese Streikbrecherbanden haben keine Erfolge zu erzielen. In ganz Süddeutschland ist der Güterverkehr ins Stocken geraten.

(Eig Drahtm.) Düsseldorf, 31. März.

Durch die gewaltige Erregung im gesamten Eisenbahnproletariat über die jetzigen Hungerlöhne sind der Deutsche Eisenbahnerverband und die anderen Organisationen des Bezirks Elberfeld gezwungen worden, an die Reichsbahndirektion Elberfeld die Forderung auf Lohnerhöhung für die Lohngruppe I zu richten und demnach für die anderen Lohnklassen eine Verminderung der Spannung zwischen den einzelnen Lohnklassen und Bezahlung der über acht Stunden geleisteten Arbeitsstunden als Ueberstunden. Ueber diese Forderungen muß bis 1. April entschieden werden und dann heißt es wörtlich in der Forderung: „Im Falle der Ablehnung trägt die Verantwortung für alles kommende die Reichsbahnverwaltung. Die Betriebsorganisationen werden dann nicht mehr imstande sein, das Unheil aufzuhalten. Sie werden getreu ihrer Pflicht im Bewußtsein ihrer Verantwortung die Leitung des ausmachsenden Kampfes übernehmen, um die Bewegung in geordnete Bahnen zu lenken."

•

Die Riesenwelle des proletarischen Abwehrkampfes gegen die Hungeroffensive der Großbourgeoisie und ihrer Regierung Marx-Jarres steigt von Tag zu Tag. Nach den Chemiearbeitern, deren Kampf sich noch stündlich ausdehnt, den Hafen- und Werftarbeitern und den unzähligen Gruppen der anderen Berufs- und Industriezweige treten nunmehr auch die Eisenbahner und unteren Beamten in den Kampf, um sich aus dem Hungerelend zu retten. Die Eisenbahnarbeiter, die nur auf Grund des Ermächtigungsgesetzes, das durch die VSPD. angenommen wurde, so unterdrück werden konnten, haben nun genug und legen die Arbeit nieder. Sie kennen ihren Feind, das ist die Regierung Marx-Jarres, die den Eisenbahnarbeitern das Koalitionsrecht bestreitet, die den zivilen Ausnahmezustand verhängt hat. Es ist die VSPD., die dieser Regierung in den Sattel verholfen hat. Das weiß die VSPD.-Presse wohl, und darum hat sie bis heute den Eisenbahnerkampf verschwiegen. Der Kampf der Eisenbahner, der um Lohnerhöhung und um den Achtstundentag geht, geht im Grunde um das Koalitionsrecht.

Der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes hat, als er dem Massendruck nicht länger widerstehen konnte, sich hinter die Kämpfenden gestellt. Angesichts der minimalen Forderungen der Gewerkschaftsbureaukratie, die nicht einmal den Achtstundentag zurückfordert, ist es ein Verbrechen, in derartig winselndem Tone die Reichsbahndirektion anzubetteln. Das ist Miesmacherei, die nur bezweckt, den kampfbereiten Eisenbahnern den Mut und die Entschlossenheit zum Kampf zu nehmen. „Geordnete Bahnen", das soll heißen, Teilkämpfe, Streikbruch, Verrat der betrügenden Führer, kurzum als die Methode, mit denen die reformistische Gewerkschaftsbureaukratie die Kämpfe des Proletariats abwürgt. Darum gilt es schon von vornherein, die Eisenbahnbureaukraten zu überwachen.

Die Regierung Marx-Jarres, die den Beamten und Arbeitern bisher einfach die Bezüge und die Arbeitsbedingungen diktierte, hat bekanntlich einfach abgelehnt mit dem DEV. oder der Reichsgewerkschaft vorher zu verhandeln, ehe diese Organisationen den Streikparagraphen aus ihrem Statut gestrichen hätten. Der DEV. ist also gezwungen, um seine Anerkennung als Verhandlungskontrahent zu kämpfen. [illegible] da an seiner Spitze SPD.-Leute, Bewilliger des Ermächtigungsgesetzes stehen, so wird der Kampf entsprechend [illegible] und verzettelt geführt, so daß die Gefahr besteht, [illegible] streikenden süddeutschen Eisenbahner mit „Teno" [illegible] nahmezustand niedergeschlagen werden und das [illegible] recht vergewaltigt wird.

Das Eisenbahnproletariat muß deshalb sofort [illegible] zu den jetzt anwachsenden Teilkämpfen Stellung [illegible] hinter die kämpfenden Brüder stellen und den [illegible] ganz Deutschland ausdehnen. Dabei muß es sich [illegible] herein entschlossen zeigen, den Kampf mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu führen.

Die Eisenbahner von Berlin und Hamburg auf der Seite der kämpfenden Kollegen

(Eig. Ber.) Berlin, 29. März.

Eine Funktionär- und Betriebsratsversammlung der Ortsgruppe Berlin des DEV. nahm am Freitagabend eine Entschließung an, in der den Streikenden vollste Sympathie ausgesprochen, gleichzeitig eine sofortige Lohnerhöhung, sowie die Wiedereinführung der achtstündigen Arbeitszeit verlangt wird. Eine gleiche Bewegung unter den Eisenbahnarbeitern macht sich in Hamburg geltend, und es ist damit zu rechnen, daß sich auch die übrigen Bezirke dieser Bewegung bald anschließen werden, insbesondere für den Fall, daß die Streikenden in Württemberg hinsichtlich der Arbeitszeit Zugeständnisse erreichen.

Tarifverhandlungen im Reichspostministerium gescheitert

(WTB.) Berlin, 30. März.

Die seit einiger Zeit zwischen dem Reichspostministerium und den Organisationen der Post- und Telegraphenarbeiter gepflogenen Tarifverhandlungen konnten nicht zum endgültigen Abschluß gebracht werden, **weil die Reichsregierung aus währungspolitischen und allgemein wirtschaftlichen Gründen der in Aussicht genommenen Lohnregelung ihre Zustimmung nicht erteilen konnte.** Das Reichspostministerium ist mit der Wiederaufnahme der Verhandlungen mit den Tarifverbänden beauftragt worden.

8000 Continental-Arbeiter ausgesperrt

(Eig. Drahtm.) Hannover, 30. März.

Gestern nachmittag haben die Gummiwerke „Continental" ihre gesamte Belegschaft von 8000 Arbeitern ausgesperrt. Die Firma wollte kürzlich die Bedingungen des vom Fabrikarbeiterverband abgeschlossenen Abkommens durchsetzen, was von der Belegschaft unter Führung der Handwerker abgelehnt wurde. Die Firma machte einen Rückzug und stellte sämtliche Streikenden zu den alten Bedingungen wieder ein. Die Belegschaft blieb aber dabei nicht stehen und stellte die Forderung auf Erhöhung der Löhne. Bei den gestrigen Verhandlungen in Hannover erklärte die Firma, daß nicht eine Lohnerhöhung, sondern eine Herabsetzung der Löhne in Frage komme. Die Kampfmaßnahmen der Belegschaft beantwortete die Direktion mit der Aussperrung.

Durch den Kampf der Continentalarbeiter verstärkt sich die Front gegen das chemische Kapital, wird die Aussicht auf den Sieg auch der Ludwigshafener Anilinarbeiter erhöht. In Ludwigshafen und Hannover kämpfen die Arbeiter gegen denselben vom Fabrikarbeiterverband angenommenen Schiedsspruch. Die Direktion der „Conti" versuchte erst nach dem Muster der Leunagewaltigen dem Kampf auszuweichen, die Einführung der geplanten Verschlechterungen zu verschieben. Die entschlossene Haltung der Belegschaft hat ihr dieses Manöver unmöglich gemacht. Mögen die chemischen Arbeiter Mitteldeutschlands erkennen, daß sie den Wirkungen des Schiedsspruches nicht entgehen, wenn die Kämpfenden in Hannover und in Ludwigshafen nicht siegen. Sie müssen daraus die Konsequenzen ziehen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240331-15/fragment/page=0001

nicht der ausschließliche Grund des Fiaskos. Es steht ohne weiteres fest, daß die chemischen Arbeiter Mitteldeutschlands in den schlechtesten Verhältnissen leben, daß ihre Löhne äußerst gering sind und noch vermindert werden durch Fahrgelder für Strecken, die sie täglich zurücklegen müssen, und sonstige Abzüge an Steuern usw. Es ging also nicht allein um den Achtstundentag.

Die Tatsache, daß trotz guter Vorbereitung der Bewegung, trotz guter Kampfesstimmung es nicht zum Kampfe kam, lehrt uns vor allem, wie dringend notwendig die Schaffung eines guten kommunistischen Funktionärstabes in den Betrieben ist. Im Leunawerk besteht außer den reformistischen Betriebsräten kein Funktionärstab. Ein großer Teil der Arbeiter gehört keiner Organisation an. — Wohl ist es ein großer Erfolg der Kampfleitung, die infolge der gegebenen Situation zu illegaler Arbeit gezwungen, trotzdem in der Lage war, derart große Massen der chemischen Arbeiter zu mobilisieren. Aber sei, Recht, daß unter diesen großen Massen noch immer eine starke reformistische Ideologie vorherrschend ist. Noch hat ein großer Teil der Arbeiter nicht erkannt, daß in der gegenwärtigen Periode Kämpfe nicht geführt werden können mit reformistischer Taktik, noch haben Tausende von Arbeitern nicht begriffen, daß eben deshalb, weil in den letzten Jahren die Teilkämpfe nicht revolutionär geführt wurden, die ungeheuren Verschlechterungen der Existenzbedingungen passiv hingenommen werden mußten.

Die Grundlage der reformistischen Taktik ist, auch im Falle eines Streiks auf seinen Fall die Unternehmer zu schützen. Die 1923 bis auswirkende ungeheure Inflation unterstützte diese Taktik. Sehr oft mußten die Streiks große Gewinne für die Kapitalisten ab, da die vorhandenen Produkte zu niederen Preisen eingekauft werden konnten und mit ungeheuren Valutagewinnen verkauft werden konnten. In der gegenwärtigen Periode können Kämpfe nur geführt werden, wenn jeder klassenbewußte Arbeiter rücksichtslos mit allen Mitteln natürlichen Kampfes, wenn sich jeder Arbeiter bewußt wird, welche ungeheure Macht gerade in der heutigen Industrie des Proletariats verkörpert, wenn es geschlossen und rücksichtslos auf den Plan tritt, daß in diesem Falle keine Direktion, keine reformistische Gewerkschaftsbureaukratie, keine Staatsmacht es an der Ausübung seiner Macht hindern kann. Das Lehmiproletariat, das sich täglich für seine Ausbeuter in Lebensgefahr begibt, täglich Hunger und Entbehrungen leidet, um den Profit dieser Blutsauger zu erhöhen, muß begreifen, daß nur kurze Zeit die volle rücksichtslose Einsetzung aller Kraft für die eigenen Interessen gegen die Unterdrücker den Sieg für das chemische Proletariat auf der ganzen Linie bedeutet.

Die Bewegung in der Chemie zeigte, welche ungeheure Verantwortung die Kommunistische Partei gegenüber dem gesamten Proletariat trägt. Die Situation zeigt klar, daß sich alles gegen das Proletariat wendet. Keine Organisation hat das Proletariat für seine Kämpfe gegen den Todfeind als die Kommunistische Partei Deutschlands. Nur die Kommunisten allein können und müssen die Kämpfe des Proletariats organisieren und führen. Versagen die Kommunisten in der kommenden Periode [illegible] Kämpfe gegen die unerhörteste Ausbeutung, ge[illegible] es nicht, jeden einzelnen Kommunisten zur intensivsten und [illegible]sichtlosen Tätigkeit in den Betrieben zu veranlassen, so wird [illegible]wendung, die Niederknüppelung des Proletariats weiter [illegible] schreiten. Die Kommunisten müssen an der Spitze des [illegible]ts stehen. Sie müssen bewußt tagtäglich an der Organi[illegible] Kämpfe, an der Gewinnung der Massen des Profe[illegible] der Niederschlagung der falsch-reformistischen Ge[illegible]bureaukratie arbeiten. Sie müssen organisieren die [illegible]en sind mit anderen Mitteln als es in den [illegible]all war. Sie müssen die Arbeiterklasse be[illegible] Sentimentalität gegenüber dem Kapital, das [illegible]sichtslos [illegible]ibel und Polizeibanden, seine falsch-reformistischen Banden auf [illegible]tariat hetzt. Es darf keine Rücksicht mehr auf irgendwelche [illegible]italsinteressen geben. Jeder Teilkampf muß ein Machtkampf gegen die Bourgeoisie sein. In jedem Teilkampf müssen alle Mittel, die dem Proletariat zur Verfügung stehen, angewandt werden.

Die russische Revolution hat gezeigt, daß die Kapitalistenklasse dort, wo sie zurückgeschlagen wird, alles vernichtet, was den proletarischen Staat hätte von Nutzen sein können. Sie ließen Kohlengruben und Erzgruben ersaufen, zerstörten die Maschinen in den Fabriken, sprengten die Brücken, demolierten die Lokomotiven und sonstige Beförderungsmittel. Sie trieben Sabotage und Terror auf der ganzen Linie. Sie hatten verstanden, daß nur der Kampf mit allen Mitteln gegen das Proletariat sie eventuell wieder an die Macht bringen konnte. Daraus hat das russische Proletariat seine Lehren gezogen und seinen Kampf siegreich bestanden.

Um seinen Kampf erfolgreich zu führen, hat das deutsche Proletariat nur nötig, dieselben Mittel gegen die Kapitalisten anzuwenden, die diese tagtäglich gegen das Proletariat anwenden. Der Kampf zwischen Kapital und Proletariat ist ein Kampf auf Leben und Tod. Nicht erst am Tage, an dem der Kampf auf der ganzen Linie entbrennen wird um die politische Macht, sondern schon heute während der ganzen Periode der Teilkämpfe und des Zerfalls der kapitalistischen Wirtschaft. Diesen Zerfall zu beschleunigen ist die Aufgabe des Proletariats. Darum keine Rücksicht, keine Schwankungen, keine Sentimentalität auch in den Teilkämpfen. Die Kommunisten müssen den Arbeitern diese Auffassung tagtäglich einimpfen. Sie müssen sie befreien von dem reformistisch-passiven Geist, denen die Verräter der deutschen Arbeiterklasse in jahrelanger Tätigkeit beigebracht haben. Nur die eiserne Pflichterfüllung jedes einzelnen Kommunisten für die Interessen des Proletariats in jeder Situation wird die Massen hinter die Kommunistische Partei bringen, wird die Grundlage schaffen für die Kämpfe zum Sturze und zur Ausrottung der kapitalistischen Klasse.

Der schwarzweißrote Außenminister

Alles nur mit und durch die Sozialdemokraten

(Eig. Drahtm.) Hannover, 31. März.

Auf der gestrigen Tagung der Deutschen Volkspartei hielt Reichsaußenminister Stresemann eine Rede, in der er betonte, daß er immer noch für die Farben Schwarz-Weiß-Rot eintrete. Er machte den Deutschnationalen und dem rechten Flügel in seiner Partei Konkurrenz und bewies ihnen, daß er sich von ihnen überhaupt nicht unterscheidet. Er lobte die Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie und stellte fest, daß nur mit sozialdemokratischer Zustimmung der Ertzenpring wieder ins Land kommen konnte, daß die militärische Niederschlagung in Sachsen und Thüringen nur mit sozialdemokratischer Zustimmung glatt gelingen konnte. Er hätte weit wirksamer als die Völkischen und Deutschnationalen mit Sozialdemokratie und Republik aufgeräumt. Heute könne man allerdings mit der Sozialdemokratie eine fruchtbare Reichspolitik nicht mehr führen, denn die Sozialdemokraten haben dadurch, daß sie Noske nicht mehr als Kandidaten aufgestellt haben, bewiesen, daß in ihr der radikalere (!?) Flügel herrscht.

Ein Internationaler Metallarbeiterkongreß in Wien. Auf Veranlassung der Amsterdamer Internationale findet am 26. Juli dieses Jahres in Wien ein Internationaler Metallarbeiterkongreß statt. Deutscherseits werden an den Verhandlungen die zuständigen Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes teilnehmen.

Die Ludwigshafener harren aus im Kampfe

(Eig. Drahtm.) Ludwigshafen, 31. März.

Die ausgesperrten Anilinarbeiter, die den vierten Kampfsonntag hinter sich haben, stehen einig und geschlossen zusammen. Die Erwerbslosenkommission von Ludwigshafen richtet einen Aufruf an die Arbeiterschaft, in dem es heißt:

Die Erwerbslosen von Ludwigshafen und Umgebung erkennen klar das schurkische Manöver der Anilinpatrioten. Sie versuchen, die mit dem Blute unserer gemeuchelten Brüder zusammengeschweißte Kampffront zu zersplittern. Auf diesem Wege glauben die Profitgewaltigen, ihre uneingeschränkte Diktatur auf den Knochen der Chemiearbeiter und ihrer Familien zu errichten.

12 Stunden Sklavenarbeit, Lohnabbau, Beseitigung aller Rechte — das sind die dunklen Pläne dieser Blutsauger.

In der Erkenntnis, daß durch jede Minute Mehrarbeit das Los der ärmsten der Armen, der Erwerbslosen, ihrer Frauen und Kinder sich bis zur Verzweiflung verschlechtert, richten die Erwerbslosen den Appell an die Ausgesperrten, den bis jetzt mit glühender Hingabe, bewundernswerter Opferbereitschaft und eiserner Geschlossenheit geführten Kampf mit allen Mitteln weiterzuführen. Wir Erwerbslosen sind uns der Tragweite und der Bedeutung Eures heroischen Kampfes voll bewußt und werden nach wie vor mit Euch in einer Front kämpfen

für den Achtstundentag;

für die alten Rechte;

für die Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß;

für eine menschenwürdige Unterstützung der Erwerbslosen.

Es lebe die Solidarität der Erwerbslosen, der Ausgesperrten und der noch im Produktionsprozeß Stehenden.

Es lebe der Kampf um den Achtstundentag!

Chemiearbeiterstreik in Feuerbach-Stuttgart

(Eig. Drahtm.) Stuttgart, 30. März.

In Feuerbach sind die Belegschaften der Firmen Hauff & Co. und Fröhrig in den Streik getreten. Etwa 400 Arbeiter stehen damit im Kampf, der um eine Lohnerhöhung von 10 Pfennig geführt wird. Den Chemiearbeitern ist es bei den teuren Lebensbedingungen nicht mehr möglich, zu den alten Hungerlöhnen zu arbeiten. — Der „Industrieverband der Chemie" ist mit der Leitung des Kampfes beauftragt. Es besteht nach Lage der Dinge Aussicht, daß weitere Betriebe sich am Streik beteiligen werden.

Landtagsneuwahlen auch in Württemberg

(WTB.) Stuttgart, 29. März.

Die württembergische Regierung hat die Aufhebung einer Reihe von Oberämtern beschlossen. Dagegen nahm die deutschnationale Fraktion im Württembergischen Landtage Stellung und beantragte die Verordnung der Regierung aufzuheben und sie erst nach den Neuwahlen zum Landtage in Vollzug zu setzen. Der gleichen Ansicht war auch die Sozialdemokratie. Staatspräsident Bieber erklärte darauf, daß bei einem Landtagsbeschluß, die Verordnung aufzuheben, die Regierung unverzüglich zurücktrete. Die Entscheidung über den Antrag wurde nunmehr bis zum Wiederzusammentritt des Hauses am 2. April vertagt. Der Landtag beschloß dagegen, die Wahldauer des Hauses am 16. Mai endigen zu lassen.

Justiz-Abbau aus Sparsamkeitsrücksichten. Aus Dresden wird berichtet: In Verfolg der allgemeinen Sparmaßnahmen werden die Strafanstalten Voigtsberg und Lohnitz zum 31. März geschlossen. Die dort noch untergebrachten Strafgefangenen werden bereits benachbarten Gefängnissen zugeführt.

Lesen und weitergehen an Freunde und Nachbarn!

Ausschneiden und ankleben im Betrieb, in Werkstatt und Kontoren

Das Wirtschaftsprogramm der KPD. im Wahlkampf

Der Kommunismus ist die Lehre von der Befreiung des Proletariats. Die Befreiung hat das deutsche Proletariat von 1924 wahrlich bitter nötig. Befreiung von wem? Die Sozialdemokratie ist so tief gesunken, daß sie nicht einmal mehr den Feind beim Namen nennt, gegen den das Proletariat sich zu wehren hat. Nach der SPD. steht der Feind „rechts". Es ist die „Reaktion", der „Faszismus", der Monarchismus, Hitler und Ludendorff. Die Koalitionspolitik der SPD. hat den Sinn, daß die Arbeiterschaft zusammen mit einem Teil der Bourgeoisie gegen den anderen „gesährlicheren" Teil des Bürgertums kämpfen soll.

In Wirklichkeit ist es dem Arbeiter im Betrieb völlig gleichgültig, ob sein Ausbeuter der Demokrat Siemens, der Zentrumsmann Thyssen, der Deutsche Volksparteiler Stinnes oder der Deutschnationale Krupp ist. Der Kampf geht nicht für oder gegen die „Reaktion", wie die SPD. den Arbeitern einreden möchte, sondern für oder gegen das Kapital. Das Großkapital beherrscht die sämtlichen alten bürgerlichen Parteien von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten, und als Flügeldeckung hat es auf der einen Seite die Völkischen, auf der anderen Seite die Sozialdemokraten nebst der Gewerkschaftsbureaukratie.

Die Befreiung des Proletariats muß die Ketten sprengen, in die man die Arbeiterschaft durch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse gelegt hat. **Das Eigentum der Kapitalisten an den Produktionsmitteln nötigt die erdrückende Mehrheit der deutschen Bevölkerung dazu, ihre Arbeitskraft dem Unternehmer zu verkaufen.** Im Interesse seines Profits setzt der Unternehmer den Zehnstundentag und den Hungerlohn fest. Oder, wenn es ihm gefällt, wirft der Kapitalist 5 Millionen deutsche Proletarier auf die Straße und schafft sich so die riesige industrielle Reservearmee, um die noch im Betrieb beschäftigten Arbeiter bescheiden zu machen. Der Klassenkampf des Proletariats, d. h. aller Lohnempfänger Deutschlands, hat das Ziel, das Eigentum der Bourgeoisie an den Produktionsmitteln aufzuheben.

Es ist bezeichnend, daß die Sozialdemokratie es heute nicht mehr wagt, Klassenkampf und Sozialisierung auch nur in den Mund zu nehmen. Die SPD. ist einheitlich auf die Fortexistenz des Kapitalismus eingestellt. 1919, als die Scheidemänner noch die gärenden Massen fürchteten, klebte man zwar an alle Litfaßsäulen: „Die Sozialisierung marschiert!", und 1920, nach der Spaltung der USPD., reiste Hilferding im Lande herum und verhieß die Sozialisierung des Bergbaues. Die Sozialisierungsversprechungen der SPD. haben sich wie Seifenblasen aufgelöst. Stattdessen hat die SPD. die Verstrusung der deutschen Wirtschaft, die Stinnesierung, die Bildung der Industrie-Herzogtümer so eifrig gefördert wie nur möglich.

Die Kommunisten sind die einzige Partei in Deutschland, die das Gesamtprogramm der Sozialisierung vertreten und zwar nicht als fernes Endziel, sondern als aktuelle Tageslosung, als die einzige Rettung, die unter den heutigen Verhältnissen für die arbeitenden Massen in Deutschland gegeben ist. **Wer am 4. Mai einem kommunistischen Kandidaten die Stimme gibt, der stimmt damit für die volle Sozialisierung, d. h. für die entschädigungslose Enteignung der Industrie, des Großgrundbesitzes und der Banken.**

Ist eine solche ungeheure Umwälzung der deutschen Wirtschaft notwendig? Jawohl, sie ist unvermeidlich, wenn nicht die Massen der lohnempfangenden Bevölkerung in grenzenlosem Elend versinken sollen. Infolge der Wirtschaftskrise, die seit dem Weltkrieg Europa beherrscht, ist die deutsche Wirtschaft als kapitalistische Wirtschaft lebensunfähig. Die Inflationszeit, die im letzten Herbst ihre kritische Periode erreichte, hat diese Wahrheit für jedermann offenkundig gemacht. Beschränkte Leute, die den Charakter der Krise nicht kannten, und die Wirtschaftskrise als Währungskrise hinstellten, ebenso die bewußten Schwindler aus der Führerschaft der SPD. stellten die Dinge so dar, als ob die Markentwertung an allem schuld sei. „Würde einmal die Mark stabil sein, dann wäre alles gut!", so verkündeten die Propheten.

Seit fast einem halben Jahre ist die Mark stabil. Wir wissen nicht, wie lange diese Stabilitätsperiode noch dauern wird. Wir wollen unterstellen, daß sie noch eine gewisse Zeit anhält. Aber was hat sich gezeigt? Das Massenelend in Deutschland ist nicht geringer geworden. Vor der Stabilisierung zerfloß das Papier[illegible] unter seiner Hand in nichts. [illegible] Jetzt haben wir die Riesenarbeitslosigkeit, die Verstärkung der Erwerbslosen, den Zehnstundentag, den Beamtenabbau, die drückende Notlage der Mittelschichten als direkte Folgen der Stabilisierung. Mit und ohne Stabilisierung mit Rentenbank oder Goldnotenbank, mit Schacht oder mit Hilferding: Die deutsche kapitalistische Wirtschaft bedeutet für 90 Prozent der Bevölkerung eine Verzweiflung ohne Ende. Darum sagen wir: Fort mit **dem Kapitalismus!** Kampf für die Sozialisierung, für die Enteignung!

Ist nicht das kommunistische Wirtschaftsprogramm utopisch? Ist der Kapitalismus nicht unentbehrlich? Die Geschichte lehrt uns das Gegenteil. Im Frankreich des 18. Jahrhunderts, im Rußland des 19. Jahrhunderts war der Großgrundbesitz noch viel stärker und scheinbar unerschütterlicher als der Trust-Kapitalismus im heutigen Deutschland. Dennoch hat die große Revolution den Großgrundbesitz in Frankreich vernichtet, und die Revolution von 1917 vernichtete den Großgrundbesitz Rußlands. Ebenso sicher und vollständig wird in Deutschland die Stinnesherrschaft vernichtet werden.

Dazu ist noch folgendes zu erwägen: Die Trust-Entwicklung hat es dahin gebracht, daß die deutsche Industrie in immer stärkerem Maße in wenigen Händen konzentriert wird. Es ist technisch gar nicht schwer, die paar Trustgewaltigen zu entthronen, und die ganzen Riesenkonzerne in der Hand der Allgemeinheit zu vereinigen. Die Schwierigkeit liegt der Durchführung der Sozialisierung liegt ausschließlich auf politischem Gebiet. Es kommt darauf an, durch die konzentrierte Macht der Arbeiterklasse das Uebergewicht der deutschen Schwerindustrie zu brechen. Ist politisch der Sieg erfochten, so ist die Enteignung der Großindustrie, heißt den mit ihr verbundenen Banken und der Großgrundbesitzer ohne weiteres durchführbar.

Die Mittelschichten haben von einem solchen Sieg des Proletariats keinen Schaden zu fürchten. Das Großkapital ist es, das heute die Intellektuellen zum Hunger zwingt und die Situation der Kleinbauern und Handwerker immer schwieriger macht. Niemand denkt daran, den Kleinbesitz in Stadt und Land, die bäuerlichen und Handwerksbetriebe zu enteignen. Nur die großen Räuber sollen ausgeschaltet werden. Auch die Befürchtung, daß die Sozialisierung den Warenaustausch lähmen, ein wirkliches Chaos, Hungersnot und Knappheit an allen lebensnotwendigen Dingen mit sich bringen würde, ist völlig unbegründet. Wir wollen keine Bureaukratisierung der Wirtschaft; sondern gerade nach der Sozialisierung und planmäßigen Organisierung der Großindustrie wird es möglich sein, die Tatkraft des Arbeiters wie des Technikers voll auszunützen. Unter Ausschaltung des wucherischen Großhandels wird es möglich sein, die Bevölkerung leichter und billiger mit allem Nötigen zu versorgen, als jetzt unter der Stinnes-Diktatur.

Freilich besteht die Tatsache der innigen Verfippung des deutschen und des ausländischen Kapitals. Die Völkischen behaupten, sie könnten das internationale Kapital aus Deutschland ausschalten, aber das „schaffende einheimische Kapital" fördern und schonen. Das ist Unsinn. Der deutsche Kapitalismus ist ein Stück des internationalen Kapitalismus und von ihm nicht zu trennen.

Daß der Sieg des Proletariats in Deutschland zugleich einen Konflikt mit dem Ententekapital, politisch und wirtschaftlich, bringen wird, ist uns klar. Darüber machen wir uns keine Illusionen. Aber im engen Bund mit Sowjet-Rußland und in brüderlicher Solidarität mit dem Proletariat Westeuropas wird die deutsche Arbeiterschaft auch dieser Gefahr Herr werden. Die deutsche Arbeiterklasse hat ja keine Wahl: Entweder sie muß mit der Fortdauer der Kapitalsherrschaft elend verrecken oder sie nimmt entschlossen nach dem Vorbild der russischen Brüder den Kampf um die Sozialisierung auf und setzt alles ein, um sich wieder eine menschenwürdige Existenz zu erkämpfen.

Daß der Kampf um die Sozialisierung im Reichstag nicht entschieden wird, ist selbstverständlich. Außerhalb des Parlaments durch die Massenaktion wird die Macht des deutschen Kapitals gebrochen werden. Aber von der Unvermeidlichkeit dieses Kampfes überzeugt ist, in ihm mitzustreiten, der gebe am 4. Mai seine Stimme den Kommunisten!

Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Wollt Ihr Euch am 4. Mai entscheiden, dann müßt Ihr Euch vorher informieren. Lest den „Klassenkampf"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240331-15/fragment/page=0002

Das Urteil im Zeigner-Prozeß

3 Jahre Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust

Leipzig, 29. März.

Die Urteilsverkündigung im Zeigner-Prozeß erfolgte um ½2 Uhr. Zeigner wird wegen eines Vergehens nach § 331 Absatz 1 des Strafgesetzbuches und wegen zweier Verbrechen nach § 332 zu drei Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt. Möbius wegen Beihilfe und wegen Unterschlagung zu zwei Jahren Gefängnis und zwei Jahren Ehrenverlust. Beiden Angeklagten wird die Untersuchungshaft voll angerechnet.

Aus der Begründung des Urteils gegen Dr. Zeigner geht hervor, daß wegen der Fälle Friedrichsen (Annahme von Schmuckstücken), Trommer und Schmerler (Annehme von Pelzen) Freisprechung erfolgt ist. Im Fall der Aktenbeseitigung sowie im Fall Brandt ist Verurteilung erfolgt. Im letztgenannten Fall wird eine zweimalige Bestechung angenommen, einmal durch Annahme von Geld im Café Lipold in Dresden, das zweite Mal durch Annahme einer Weihnachtsgans in Leipzig. In beiden Fällen sollte Dr. Zeigner zu pflichtwidrigen Amtshandlungen veranlaßt werden. — Das Gericht hat Zeigner „mildernde Umstände" zugebilligt. Dadurch erhält das Urteil erst recht den Charakter eines Tendenzurteils. Mildernde Umstände wurden Zeigner zugebilligt: erstens wegen seiner psychopathischen Veranlagung, zweitens weil er ein Opfer des politischen Systems ist (er war Justizminister geworden nicht wegen seiner Fähigkeiten, sondern allein wegen seiner politischen Parteizugehörigkeit), drittens weil er in gewissem Sinn ein Opfer des Angeklagten Möbius war. Infolgedessen ist nicht auf Zuchthaus, sondern auf Gefängnis erkannt worden.

Im Fall Möbius sind dessen Mangel an Bildung sowie seine ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse als mildernder Umstand angenommen worden.

Nach Verkündung des Urteils beantragten die Rechtsanwälte Marschner und Tschopik Aufhebung der Haftbefehle. Der Staatsanwalt widersprach. Nach kurzer Beratung des Gerichts wurden die Anträge der Verteidigung abgelehnt.

*

Damit ist ein Prozeß zu Ende gegangen, aus dem die bürgerlichen Parteien wochenlang Wahlmaterial herausschlagen wollten. In der sensationellsten Weise wurde durch die ganzen Wochen der Untersuchung hindurch über die Verfehlungen Zeigners geschrieben. Wie der Prozeß eingeleitet wurde, so wurde er auch geführt. Die Richter, durchweg Deutschnationale oder Deutschvölkische, die von Zeigner als Justizminister nicht befördert worden waren und die sich an dem verhaßten ehemaligen sozialistischen Justizminister rächen wollten, haben gegen Zeigner den Prozeß so geführt, daß alle Erwartungen der bürgerlichen Parteien nicht gelähmt würden. Gewiß, Zeigner hat sich Verfehlungen zuschulden kommen lassen, aber diese Verfehlungen reichen in der kapitalistischen Gesellschaft nicht aus, um auch nur jemanden des Amtes zu entheben, wenn er ein treuer Diener des Kapitals ist. Der Staatssekretär Lewald, der während des Krieges die ungeheuerlichsten Dinge gemacht hat, sitzt heute, ohne daß auch nur eine Untersuchung gegen ihn eingeleitet worden wäre, in seinem Amt, der Finanzminister Hermes blieb trotz seiner Weingeschichte noch ein Jahr Minister. Sie haben nicht mehr und nicht weniger getan als Zeigner. Die deutschnationalen Richter haben an Zeigner Nachejustiz verübt. Sie haben dabei noch den mitangeklagten Möbius, der viel schwerere Vergehen sich hatte zuschulden kommen lassen, zu einer geringeren Strafe verurteilt als Zeigner.

Die Partei Zeigners, die Sozialdemokratie, hat Zeigner sofort preisgegeben, und zwar nicht aus moralischen Gründen, sondern weil sie in Zeigner den linken Flügel der Partei treffen wollte. Zeigner selbst aber charakterisiert sehr gut diesen linken Flügel. Ein so haltloser Charakter, wie er in persönlichen Dingen war, so schwankend, zaghaft und unentschlossen war auch seine Politik, durch die er der Bourgeoisie große Dienste geleistet hat. Zeigner ist für die deutsche Arbeiterschaft politisch erledigt. Nirgends gibt es noch Illusionen auf die linken Sozialdemokraten mit ihren radikalen Phrasen. Aber der Prozeß des politisch Toten zeigt der deutschen Arbeiterschaft, mit welchen Mitteln die Klassen- und Nachejustiz der deutschen Bourgeoisie arbeitet.

Das neue Poincaré-Kabinett

Was sich alles im Hintergrunde abgespielt hat

Paris, 29. März.

„Drapeau Rouge" von Brüssel erfährt, daß es die Industriellen sind, die Poincaré gestürzt haben. Sie wollten unbedingt den Finanzminister Lasteyrie loswerden. Man sagt, daß die Handelskammern vom Norden und Osten vorigen Montag Poincaré besucht haben und ihm erklärten, daß das Risiko mit der Frankenerholung zu groß ist und zu einer furchtbaren Katastrophe führt. Sie erklärten, daß sie von dem Finanzplan Lasteyries und der Banque de Paris, et des Pays Bas Kenntnis genommen haben, und daß sie nicht dulden können, daß das Pfund Sterling unter 60 Franken fällt. (Das Pfund ist bis 120 Franken gestiegen.) Sie drohten ihre Betriebe zuschließen und den offenen Kampf gegen die Regierung anzunehmen. Poincaré erklärte sich einverstanden und gab den Befehl, im Namen der Regierung wieder Pfund Sterlings und Dollars zu kaufen. Es ist also klar, daß das Mißtrauensvotum, das Poincaré stürzte, von der Börse diktiert wurde und hauptsächlich gegen Lasteyrie gerichtet ist.

Das neue Kabinett ist ein Kompromiß-Kabinett. Poincaré hat diese Krise benutzt, um sein Kabinett auf Befehl der Industrie und der Börse zu verjüngen. Wie „L'Humanité" von heute früh schreibt, ist diese Krise nur eine große Komödie. Eine Gruppe Geschäftsmänner macht einer anderen Gruppe den Platz frei. Das Verbleiben von Maginot und Le Troquer im Amte ist darauf zurückzuführen, daß Poincaré seine ganze Ruhrpolitik desavouiert hätte, wenn er die beiden Minister entlassen hätte. Sie bleiben, und das bedeutet, daß die bisherige Ruhrpolitik weitergeführt wird. Der Eintritt Loucheurs in das neue Kabinett ist eine Konzession an die Linke, während der Eintritt Le Marsals als Finanzminister eine Konzession an die Rechte und hauptsächlich an die Royalisten ist. Diese Lösung der Kabinettskrise ist ein Versuch Poincarés, den Bloc National für die nächsten Wahlen zu verjüngen.

Micumverträge und ADGB.

Am 16. April laufen die Verträge zwischen der Ruhrindustrie und der interalliierten Ingenieur-Kommission Poincarés (Micum) ab. Um die Erneuerung der Verträge unter möglichst günstigen Bedingungen wird seitens der deutschen Industrie seit Wochen verhandelt. Jeder der beiden Partner möchte für sich Vorteile herausschlagen. Die deutsche Schwerindustrie will die Reichsregierung zwingen, die an Poincaré geleisteten Sachlieferungen prompt zu bezahlen und sie zur erhöhten Ausbeutung des Ruhrproletariats in Anspruch zu nehmen. Für die Geschäfte, genannt „patriotische Opfer", die die Ruhrindustrie mit Poincaré abschließt, will sie sich von der deutschen Arbeiterklasse aus ihren Steuern, aus ihrem Zehnstundentag und mit Hilfe weiteren Lohndrucks bezahlt machen. Zum Feilschen um bessere Bedingungen mit Poincaré gehört auch das Geheul über die Unerträglichkeit der Micumverträge.

Prompt erscheint eine ADGB.-Delegation bei der Reichsregierung, um diese Unerträglichkeit ebenfalls zu bezeugen. Naive Arbeiter könnten glauben, die ADGB.-Delegation verteidige mit ihrem Weinen über die Not der Ruhrarbeiterschaft tatsächlich die Interessen des Ruhrproletariats. In Wirklichkeit steht die Sache wie folgt: Stresemann bestellt sich im Auftrag der Kohlenbarone eine „Unerträglichkeitserklärung" beim ADGB., um beim Feilschen mit Poincaré auf „alle Bevölkerungsschichten" hinweisen zu können. Die im Ruhrkrieg geschlagene deutsche Bourgeoisie wird aber keine weiteren Vorteile herausschlagen. Nach Abschluß der neuen drückenden Micumverträge kommt die Fortsetzung der Rolle des ADGB. Er wird der Ruhrarbeiterschaft sagen: „Wir haben gegen die unerträglichen Bedingungen der Verträge" Protest erhoben. Poincaré war aber unerbittlich und hat diese Bedingungen diktiert. Nun gilt es, den gedrückten deutschen Unternehmern durch weitere Arbeitszeitverlängerung, Verzicht auf Lohnerhöhungen und Streiks unter die Arme zu greifen. So fordert es das Vaterland und die kapitalistisch-reformistische Moral" Der Bittgang des ADGB. zur Reichsregierung ist die Vorbereitung eines neuen Schlags gegen die Ruhrarbeiterschaft, eines neuen Verrats am Proletariat. Nein, durch bestellte Bittgänge beim Kanzler kann das vereinigte deutsche und französische Ausbeuterkapital nicht bekämpft werden. Das wird nur geschehen im zähesten revolutionären Kampf der Arbeiterschaft gegen das Kapital um Forderungen, deren Erfüllung für die Arbeiterschaft Lebensnotwendigkeiten sind, und die Grundfesten des Kapitals erschüttern.

Der Gehaltsetat der völkischen Freiheitskämpen

Nur in Devisen

(Eig. Ver.) München, 29. März.

Der „Bayrische Kurier", das Konkurrenzorgan des „Völkischen Beobachters" (jetzt: großdeutsche Zeitung) veröffentlicht aus den Geheimakten des Kampfbundes eine Art Etatauffstellung vom September 1923. Darin wird über die Gehaltszahlungen an die Angestellten des Kampfbundes geplaudert, daß diese für Schweizer Franken gezahlt ihre „Arbeit" verrichteten. Es handelt sich um Beträge, die im Oktober unverschämt hoch waren. Oberstleutnant Kriebel, einer jener völkischen Maulaufreißer im Hitler-Prozeß, erhielt 200 Franken, Leutnant Neunzer 150 Schweizer Franken als Monatsgehalt. Außerdem enthält die Aufstellung den Bedarf für Bureaumiete, Fernsprecher, Beleuchtung usw. 200 Schweizer Franken machten im Oktober fast zwei Millionen Papiermark aus.

Danach können wir verstehen, daß diese Sorte Deutschvölkischer „Freiheitshelden" sich außerordentlich engagieren, wenn es gilt, ausländische Devisen für „Freiheitsarbeit" in Empfang zu nehmen. Der „Bayrische Kurier" sagt, daß die Herren um Hitler offenbar doch nicht so selbstlos ihre Arbeitszeit in den Dienst der guten Sache gestellt haben, wie sie es in den Münchener Prozeßverhandlungen behaupten wollen. Diese provisionsmäßigen Volksbefreier bilden sich in der Tat ein, daß ein anständiger Mensch noch ihren nach Devisen bezahlten Phrasen Glauben schenken sollte. Selbst der letzte Bauernknecht würde sich mit Abscheu von dem vaterländischen Gesindel abwenden, wenn er nur tieferen Einblick in die Devisengeschäfte und jüdischen Spekulationsmethoden erhalten würde. Im Wahlkampf ist diese Enthüllung der bayrischen Presse außerordentlich wertvoll, da besonders in Mitteldeutschland auch solche gemeinsolle Versuchen mit „völkischen Freiheitsideen" Wahlgeschäfte machen wollen.

Die nächsten organisatorischen Aufgaben

Von W. Ulbricht

In heldenmütigem Kampf haben die Arbeiter Rheinland-Westfalens den Achtstundentag verteidigt. Alle Kräfte setzten sie ein, um bis zum letzten die Verlängerung der Arbeitszeit zu verhindern. In den anderen Wirtschaftsgebieten, an der Wasserkante, in Berlin, in Mitteldeutschland stehen die Arbeiter wichtiger Großbetriebe im Streik, weil sie sich nicht länger als acht Stunden schinden lassen wollen. In anderen Betrieben verlassen die Arbeiter nach acht Stunden die Arbeit. Im Ruhrgebiet versuchen die Kohlenkönige den Arbeitern die Deputatkohle vorzuenthalten, die Arbeitszeit abzubauen und die Arbeitszeit zu verlängern und gewaltige Vergarbeiterkämpfe stehen bevor.

Die Anilinarbeiter in Ludwigshafen kämpfen um ihre Lebensfristen. Mit Schießeisen, Gummiknüppeln und Hungerpeitsche versuchen die Unternehmer die Arbeiter zur zehnstündigen Arbeitszeit zu zwingen. Arbeiterfrauen und Kinder wurden von den Werkzeugen der Anilingewaltigen getötet und verwundet, weil sie den Kampf führten gegen den Hunger und gegen die verschärfte Ausbeutung.

Zu gleicher Zeit, während das Unternehmertum die verschärfte Ausbeutung der Arbeiter durchsetzen will, steigen die Lebensmittelpreise. Die Marksabilisierung hat dem Großkapital Nutzen gebracht, aber den Hunger der Arbeiter verstärkt.

Alle Parteileitungen müssen sich in dieser Situation bewußt sein, daß sie als Kampfleitungen alle Kräfte konzentrieren müssen auf die politische Arbeit in den Großbetrieben, auf die organisatorische Vorbereitung der sich in allen Gebieten entwickelnden Arbeiterkämpfe. In den Betriebsversammlungen, Betriebsrätevollversammlungen, Gewerkschaftsversammlungen gilt es Stellung zu nehmen zu den Arbeiterkämpfen gegen die Verlängerung der Arbeitszeit. Täglich müssen die Belegschaften informiert werden durch Betriebszeitungen, Betriebswandzeitungen und durch die Parteipresse. In jedem Betrieb gilt es sofort die Zeitungsfolportage zu organisieren. Wo es nicht möglich ist, im Betrieb die Parteipresse zu verkaufen, müssen nach Betriebsschluß die Genossen vor den Fabriktoren die kommunistische Presse verbreiten.

Die Arbeiterfrauen und die Erwerbslosen müssen mobilisiert werden. Es gilt, ihnen vor Augen zu führen, daß der Kampf der Arbeiter gegen die Verlängerung des Achtstundentages der Kampf um die Lebensexistenz der Arbeiterklasse überhaupt ist.

Die Partei wird in diesen Kämpfen ihre Pflicht nur erfüllen können, wenn in allen Betrieben die Parteimitglieder zusammengenommen werden, regelmäßig Zellenversammlungen abhalten, zur Situation Stellung nehmen und die systematische Beeinflussung der Belegschaft organisieren. Außerdem ist es notwendig, daß vor allem auch die Betriebe bearbeitet werden, die von Kommunisten gesäubert sind. Hier ist es Aufgabe der in Betracht kommenden Straßenzellen oder des Distrikts, die Bearbeitung der Belegschaft von außen zu organisieren. In jedem Ort müssen die Betriebszellen-Komitees regelmäßig zusammengenommen und vom Ortskomitee über die nächsten Aufgaben instruiert werden.

Die Kämpfe in Rheinland-Westfalen, in Ludwigshafen usw. zeigen, daß die Durchführung des Kampfes wesentlich abhängt von der Organisierung der Hilfe für die Streikenden und die Opfer des Kampfes. Schon jetzt gilt es deshalb, in allen Orten die Rote Hilfe auszubauen. Bei Ausbruch der wirtschaftlichen Kämpfe muß verlangt werden, daß die Gemeinden Lebensmittel zur Verfügung stellen. Es gilt, Lebensmittelsammlungen zu organisieren, sowohl in den Städten wie auf dem Lande.

In Verbindung mit den Abwehrkämpfen gegen die Unternehmeroffensive gilt es, die Betriebsrätewahlen politisch und organisatorisch vorzubereiten. Angesichts der Tatsache, daß die Betriebsräte in den kommenden Kämpfen eine größere Rolle spielen werden als bisher, ist die Vorbereitung der Betriebsrätewahlen wichtiger als die Reichstagswahlen. Die Unterbezirks-, Arbeitsgebiets- und Ortsleitungen müssen die Vorbereitung und Durchführung der Betriebsrätewahlen in jedem einzelnen Betrieb kontrollieren. Sie müssen für Durchführung folgender Maßnahmen sorgen.

1. Zusammenkunft aller Kommunisten im Betrieb (Zusammenkunft der Betriebszelle) und Stellungnahme zum kommunistischen Programm für die Betriebsrätewahlen.
2. Stellungnahme zur Tätigkeit des bisherigen Betriebsrates.
3. Zusammenstellung des Materials über das Verhalten der gegnerischen Organisationen bei den Arbeiterkämpfen und bei sonstigen Anlässen im Betrieb.
4. Aufstellung der kommunistischen Betriebsrätekandidaten in der Betriebszellenversammlung. Kein Genosse hat das Recht, abzulehnen Bestätigung der Vorschläge durch das Ortskomitee.
5. Veröffentlichung des wichtigsten Materials für die Betriebsrätewahlen in regelmäßig erscheinenden Betriebswandzeitungen und in der Parteipresse.
6. Einberufung von Abteilungs- und Gesamtbetriebsversammlungen fordern, in denen Stellung genommen wird zum Kampf gegen die Verlängerung der Arbeitszeit und zu den Betriebsrätewahlen.

Nur wenn die Parteileitungen sich um die Durchführung der Betriebsrätewahlen in jedem Betrieb kümmern und die Genossen in jeder Beziehung unterstützen, wird es möglich sein, den Einfluß der Partei in den Betrieben zu verstärken und die Betriebsrätewahlen zu einer breiten Propaganda für den Kommunismus auszunutzen.

Die gründliche Vorbereitung und Durchführung der Betriebsrätewahlen ist die beste Vorbereitung für die Reichstagswahlen. Alle Parteiorganisationen müssen schon jetzt alle organisatorischen Vorbereitungen bis ins detail treffen und den Organisationsapparat aufs genaueste durchprüfen, damit die breiteste Massenagitation ohne organisatorische Schwierigkeiten entfaltet werden kann. Der Gegner wird mit Zeitungsverboten, Beschlagnahme von Flugblättern usw. versuchen, die kommunistische Wahlagitation zu hemmen. Das wird ihm nicht gelingen trotz aller wahltechnischer und polizeilicher Kniffe, wenn jeder Genosse auf dem Posten ist und schon jetzt alle Kräfte eingesetzt werden zur Durchführung der notwendigen organisatorischen Maßnahmen.

Was ist zu tun?

1. Alle Betriebe erfassen, in denen Kommunisten beschäftigt sind, Betriebszellen organisieren.
2. Die Bearbeitung aller Betriebe organisieren. Wo Kommunisten beschäftigt sind, wird die zuständige Straßenzelle verantwortlich gemacht für die systematische politische Bearbeitung der betreffenden Belegschaft, für die Schaffung von Vereinigungsleitungen und für die Organisierung einer kommunistischen Betriebszelle.
3. Durchorganisierung der Straßenzellen. In erster Linie jenen Genossen und Genossinnen Arbeit übertragen, die nicht in Betriebszellen zusammengesetzt sind. Jedem Parteimitglied bestimmte Häuser, Lokale, Kinos, Theater, Läden usw. zur Bearbeitung zuweisen. Straßenzellen schaffen sich selbständig Agitationsmittel. (Herstellung von Straßenwandzeitungen, Material zur Verbreitung der kommunistischen Parolen usw.)
4. Sofort in jedem Ort gemeinsame Besprechungen mit den Fraktionsleitungen der Gewerkschafts-, Genossenschaftsfraktionen usw. einberufen und mit ihnen die Aufgaben der Fraktionen während der Wahlbewegung besprechen.
5. Alle Orte ohne Parteiorganisationen sofort registrieren und bestimmten Ortsgruppen und deren Betriebszellen bzw. Straßenzellen oder Zellengruppen zur systematischen dauernden Bearbeitung zuteilen. Diese Parteiorgane machen bestimmte Parteigenossen für diese Arbeit verantwortlich (Landkommissionen). Genossen, die in Orten mit Parteiorganisation arbeiten und in Orten wohnen, wo keine Ortsgruppe besteht, sind besonders zu erfassen und für die Bearbeitung ihres Wohnortes verantwortlich zu machen und mit Material zu versorgen. Für die Ausständigung des Materials und die Instruktion dieser Genossen sind die Betriebszellen verantwortlich.
6. Organisierung der Eigenproduktion von Wahlmaterial (Schablonen usw.) Betriebszellen veranlassen, durch Sammlungen Gelder aufzubringen für die Anschaffung von Vervielfältigungsapparaten. Buchdruckerfraktionen mobilisieren. Zeichner und Maler ermitteln zur Plakatillustration. Feststellen, unter welchen Bedingungen in jedem Ort Kino- oder Lichtbilderapparate zur Verfügung stehen.

Vorstehende Aufgaben werden nur erfüllt, wenn jede Ortsleitung einen Arbeitsplan fertigstellt und die einzelnen Parteiorgane verpflichtet, termingemäß bestimmte Aufgaben unter allen Umständen durchzuführen. Sofort muß in jedem Ort eine allgemeine Mitgliederversammlung stattfinden, in der zu diesen Fragen Stellung genommen wird. Die Unterbezirks- und Arbeitsgebietsleitung muß versuchen, für diese Versammlung möglichst einen Referenten zur Verfügung zu stellen. Außerdem müssen sofort in jedem Ort öffentliche Versammlungen stattfinden, um zu den breiten Massen der Bevölkerung sprechen zu können.

Die den Ortsgruppen gestellten Aufgaben sind zweifellos nur unter Anspannung aller Kräfte zu erfüllen. Die gegenwärtige teilweise Flaute in den Betrieben, die Säuberung der Betriebe von Kommunisten usw. erschweren die Arbeit wesentlich. Aber alle diese Schwierigkeiten müssen und können wir überwinden. Nachdem die parteitatische Diskussion in den meisten Ortsgruppen abgeschlossen ist und es sich zeigte, daß nach wie vor in der Organisation der Drang zur größten Aktivität vorhanden ist, wird die Partei allen Schwierigkeiten zum Trotz in den wirtschaftlichen Kämpfen der Arbeiter, bei den Betriebsrätewahlen usw. zeigen, daß sie die einzige Arbeiterpartei ist und den Willen und die [illegible] hat, den Kampf um die Lebensinteressen des Proletariats als Kampf für die Diktatur des Proletariats zu führen.

Kennst Du das Land?

Kahr und Lossow wollen nach Korfu

(WTB.) München, 31. März.

Der „Völkische Kurier" stellt zu dem Dementi, daß Kahr und Lossow nach Italien geflüchtet seien, fest, daß beide Herren bereits Pässe nach Korfu ausgestellt erhielten, obwohl das staatsanwaltschaftliche Ermittelungsverfahren noch nicht abgeschlossen ist.

Schon abgehauen

(WTB.) München, 31. März.

Laut privaten Informationen sind v. Kahr und General v. Lossow und Oberst v. Seisser zu einem vierzehntägigen Erholungsurlaub nach Italien abgereist.

Nachdem nun München nicht mehr ganz sicher ist, wählen die deutschen Hochverräter das Elderado des Faszismus: Italien.

Ausland

Umfälschung des Wahlergebnisses in Karpatho-Rußland?

Ein Manöver der Sozialdemokratie.

(Eig. Ver.) Prag, 29. März.

Bekanntlich hat die KPD. der Tschechoslowakei in Karpatho-Rußland bei den endlich stattgefundenen Parlaments- und Senatswahlen einen mächtigen Wahlsieg davongetragen, der den Koalitionsparteien, besonders der Sozialdemokratie, in die Knochen fuhr. Vor rund 250 000 Stimmen vereinigte die KP. über 100 000 Stimmen auf sich und gewann von den neun Parlamentssitzen fünf, von den vier Senatsmandaten drei. Die übrigen Stimmen entfielen zum großen Teil auf nationale Minderheiten. Die Sozialdemokratie schnitt ganz besonders schlecht ab. Nunmehr beginnt im Koalitionsblätterwald eine Kampagne, dieses Wahlergebnis für ungültig zu erklären bzw. umzufälschen. Die Sozialdemokratie fordert, daß die Wahl als Nachwahl aufgesetzt wird und daß ihr demnach auf Grund der aus den Wahlen vor fünf Jahren (!) gebliebenen Reststimmen (!) (damals war die Spaltung zwischen USP. und KP. noch nicht da!) weitere Mandate zuerkannt werden. Jeder Arbeiter wird sich selbst über diesen „Wahlkampf" der USP. ein Urteil fällen können.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240331-15/fragment/page=0003

e

Bekanntmachung

Um alle Schichten der Bevölkerung von der Reellität unserer Schuhwaren, meist führender Marken-Artikel, zu überzeugen und weitere Abnehmer als unsere treue Kundschaft zu gewinnen, veranstalte ich vom

Montag, 31. März, bis Montag, 7 April

Eine große Werbe-Woche

wozu ich meine gesamten 14 Verkaufsstellen ganz besonders mit entsprechenden Warenvorräten ausgestattet habe

Um festzustellen, welche Tageszeitung für meine Inserate am besten in Frage kommen, geben wir allen Lesern dieser Zeitungen

10 Prozent Rabatt

wenn Sie dieses Inserat beim Kauf abgeben!

Einige Beispiele:

Herrenstiefel schwarz, guter Straßenstiefel in schöner breiter bequemer Form	Mk. **10,90**
Damen-Roßchevr.-Spangen	Mk. 9,– **7,75**
Br. Dam.-Roßchevr.-Schnürschuh	Mk. **8,50**
Br. Dam.-Boxkalf-Schnürschuh	Mk. **11,50**

Zur Frühjahrssaison:

Die neuesten braunen Modelle für Damen- und Herren-Stiefel und Halbschuhe, Luxusschuhwaren der Lingelschuhfabriken.

Weißleinene Konventionsartikel Monopol *195

In allen übrigen Artikeln große Auswahl.

Burger Schuhwarenhaus Wilhelm Moebius

Zentrale Burg (Bezirk Magdeburg)

Verkaufsstellen: Wolfen (Kreis Bitterfeld), **Torgau**, Fischerstraße 17, **Helbra** (Mansfelder Seekreis)

1105

Zur gesetzlichen Miete im Landkreise Merseburg

vom 1. April 1924 an:

Der Zuschlag für laufende Instandsetzungsarbeiten einschließlich der Schönheitsreparaturen wird von 12 auf 15 vom Hundert erhöht, so daß der Gesamtzuschlag 35 vom Hundert (bisher 32½) beträgt. Die übrigen Bestimmungen meiner Bekanntmachung vom 27. 2. 24 bleiben in Kraft.

Merseburg, den 31. März 1924

Der Vorsitzende des Kreisausschusses
ges.: Guske 330

Hausfrauen!
kauft nur bei unseren Inserenten!

K.P.D.

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau u. Kasse: Bergmannsfeldstr. 14. Fernruf 1473 — Postscheckkonto Leipzig 107001
Artur Sämisch Bezirks-Sekretär Geschäftsstelle: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Ortsverein Halle

Kommunistische Kindergruppe. Zu unsere Kinder: Kasperle ist im Volkspark. Mittwoch, 3½ Uhr, 5 Pfennig Eintritt. Zur Aufführung kommt: 1. Kasper, der Schulfunge; 2. Kasper sucht Arbeit. — Alle Arbeiter-Kinder sind eingeladen.

Kreis Naumburg

Naumburg. Montag, 31. März, abends 8 Uhr, im „Goldenen Hahn": Mitgliederversammlung. Mitgliedsbücher mitbringen.

---

*196

Neuer Ausstoß von Engelhardt-Spezial-Hell

am 1. April d. J.

1105

Kaufen Sie
Damen-Hüte
Herren-Hüte
Mützen aller Art
aus der Hutfabrik
Franz Zenk
Kleiner Berlin 2
Fabrik-Niederlagen:
Leipziger Straße — Ecke Poststraße 1
Merseburger Straße 161, an der Königstraße, und Gr. Klausstraße 1 neben der Katsischenke
Gegründet 1919
Umpreß-Hüte
für Damen und Herren in höchster Vollendung
Geschäftszeit durchgehend 8½–6½ Uhr 1106

Bez.-Konsum-Verein Weißenfels-Naumburg
e. G. m. b. H. zu Weißenfels

Mittwoch, den 9. April 1924, abds. 7½ Uhr, im Stadttheater („Volkshaus"), Weißenfels:

Ordentliche Halbjahrs-Generalversammlung

Tagesordnung:
1. Halbjahresbericht
2. Beschlußfassung über Aufwertung
3. Beschlußfassung über § 34, Abs. 10 und § 25, Abs. 12
4. Statutenänderung zu § 4 und Wahl eines 4 ehrenamtlichen Vorstandsmitgliedes
5. Genossenschaftstagungen
6. Anträge der Mitglieder *329

Der Aufsichtsrat
des Bezirks-Konsumvereins Weißenfels-Naumburg
e. G. m. b. H. zu Weißenfels
Wilhelm Pforte, Vorsitzender

Pflaumen 2-Pfd.-Dose **80** Pf.
Kirschen . . . 2-Pfd.-Dose **35** Pf.
Birnen . . . 2-Pfd.-Dose **85** Pf.
Tomaten-Püree 2-Pfd.-Dose **95** Pf.
Gemüse-Konserven äußerst billig!
Kakao ¼ Pfd. **30** Pf. **Most** ¼ Pfd. **45** Pf.
Schokoladen, Pralinen, Preise ermäßigt
Kaffee frisch gebrannt ½ Pfd. **80, 70, 60** Pf.
Backmaterial, Morcheln, Champignon
Wilhelm Blos
Leipziger Straße 5 1110

Leipziger Straße — Schwerdtstraße

Steinpilze — Pfifferlinge

Pelikan Caramelbier

schwer eingebraut aus bestem Malz und Hopfen, nachgesüßt mit ff. Zucker. Wegen seines hohen Nährwertes und seiner Alkoholarmut

das beste

Getränk für alle, die ihre Körperkräfte stärken und Alkohol vermeiden wollen. 1003

Aerztlich empfohlen!

Achten Sie beim Einkauf genau auf die Schutzmarke

Pelikan!!

Parteischriften
empfiehlt **Volksbuchhandlung.**

Alle Sorten nur bester
Schuhwaren
empfiehlt preiswert in
größter Auswahl
Zeitzer Schuhhaus
G. Burckhardt
Kramerstraße 5/6
Maßarbeit — Reparaturen 260

Stadt-Theater
Dienstag, 7 Uhr: **Siegfried**
Mittwoch, 6½ Uhr: **Meistersinger**

Homöopath und 289
Naturheilkundiger sowie galvanische Behandlung
Erich Ziehe
Merseburg
Gr. Ritterstraße 1
Sprechst.: Dienstag u. Sonnabendvorm. von 9–12, nachm. von 2–6 Uhr, Sonntags von 11–1 Uhr

Kleine Anzeigen haben bei uns den besten Erfolg!

Naturbutter
hochfein — frisch
½ Pfd. **nur 1 Mk.**
Große frische
Eier
billigste Tagespreise
Gepökelte
Schweinsköpfe
das ganze Pfund 45 Pf.
F. & G. Höppner
Weißenfels
Judenstr. 10 Merseburger Str. 32 1108

Bekanntmachungen

Vergebung der Zimmerarbeiten für den Neubau der Siedlung Artilleriestraße Los C am 3. April 1924, vorm. 10 Uhr, im städtischen **Hochbauamt**, Rathausflügel 6, Zimmer 106. — Bedingungsunterlagen ebenda, Zimmer 125, zwischen 9 und 12 Uhr vormittags, für 3 G.-M. das Stück, sowie der Vordruck reicht, erhältlich. 1101

Halle a. d. S., den 27. März 1924 **Städtisches Hochbauamt**

Aufnahmetermin bei der gewerblichen Berufsschule für alle Berufsschulpflichtigen: Mittwoch, den 2. April d. J., nachmittags 4 Uhr, in der Handwerkerschule, Gustavstr. 1.

Schulzeugnis und Schreibwerkzeug sind mitzubringen.

Berufsschulpflichtig sind alle in hiesigen gewerblichen Betrieben irgendwie beschäftigten männlichen Personen unter 18 Jahren wozu auch sämtliche Arbeitsburschen und ungelernten Arbeiter gehören, ferner alle weiblichen Handwerkslehrlinge oder handwerksmäßig irgendwie beschäftigten Arbeiterinnen unter 18 Jahren. Für die Einschulung ist lediglich der Beschäftigungsort des Jugendlichen, nicht aber der Wohnort maßgebend. 1106

Halle, den 29. März 1924.

Der Magistrat.

Am schwarzen Brett im Ratsgebäude (Marktplatz 24) befindet sich eine die Festsetzung einer öffentlichen Anlage auf dem Gelände des Kramerschen Gartens an der Talstraße betreffende Bekanntmachung. 1107

Halle, den 29. März 1924. **Der Magistrat**

Zeitungsträger

für **Lieskau** bei **Döleu** sofort **gesucht.** Meldungen bei **Rich. Döring.**

Am schwarzen Brett: Auslegung der Stimmliste für die Reichstagswahl sowie Bürgerliste für die Stadtverordnetenwahl. — Biersteuerordnung — Beschluß, betreffend schulgeld für die hauswirtschaftliche Berufsschule — Einziehung der Beiträge für die gewerbliche und hauswirtschaftliche Berufsschule. 193 **Magistrat Delitzsch**

Muschelbutter

— die gute Molkereibutter —

das Stück 90 Pfg.

F. H. Krause 1074

Herren- u. Damen-
Fahrräder
von 90 Mark an.
Leicht-Motorräder
in allen Preislagen
Reparaturen sofort.
K. Gg. Schneider & Co.,
Rich.-Wagner Str. 54.
(gegenüber der Stephanskirche) 1102

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240331-15/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Jugendweihe

Während Unverstand und Gleichgültigkeit kleinbürgerlicher Eltern, ihre Kinder in die Kirche zur Konfirmation brachte, fand im „Volkspark" gestern die Jugendweihe der Proletarierkinder, die schon den Klassenstandpunkt ihrer Existenz erkannt haben, statt. Der Saal war bis auf den letzten Platz besetzt und man bemerkte, daß viele, die sonst — aus Mangel an Gelegenheit oder an Nachdenklichkeit — proletarische Veranstaltungen nicht besuchen, anwesend waren. Hieraus ergab sich fast eine Umkehrung in der Belehrung. Die Kinder zeigten den Erwachsenen: „Seht, so machen wir es in unserer Gemeinschaft des Lernens und Handelns und erweisen dadurch unsere gleichberechtigte Zugehörigkeit zu Euch." Das kam in allen Liedern und Gedichten zum Ausdruck, die von den Kindern selbst gespielt oder vorgetragen wurden; ein Gedicht war von einem 15jährigen Mädchen selbst verfaßt worden, das in Schärfe und Klarheit des Ausdrucks besonders eindrucksvoll wirkte. Die Mandolinengruppe spielte eine Ouverture, und nach einigen Rezitationen hielt Genosse Schoenlank die Weiherede. Er sprach den Kindern davon, daß der Märchentraum ihrer Kindheit mit der Schulentlassung zu Ende wäre, daß für sie das Leben beginnt, das sie sich als Zukunft ausgemalt hätten. Wenn auch die Schuljahre eines Proletarierkindes schon ernst und schwer seien, so wäre es den Kindern noch nicht so eindringlich zum Bewußtsein gekommen. Das Leben der Erwachsenen aber stellt sie direkt ihren Feinden gegenüber, sei es in der Fabrik oder im Kontor, in der Nähstube, oder besonders, wenn sie gezwungen seien, sich dem Heer der Arbeitslosen einzureihen. Einer der Feinde ist die Rückständigkeit der älteren Mitarbeiter, die glauben, den Jugendlichen keine Selbständigkeit einräumen zu dürfen. Ein anderer Feind ist der Zwiespalt unter den Jugendlichen selbst, der von den Arbeitgebern ausgenutzt wird. Dieser Zwiespalt muß bekämpft werden, und das Gemeinsamkeitsgefühl muß an dessen Stelle treten, damit sie den größten Feind, das kapitalistische System, selbst wirksam bekämpfen können. Dieses System, das den Kindern nicht ermöglicht, sich ihren Fähigkeiten entsprechend geistig auszubilden und zu dessen Vernichtung sie Rüstzeug brauchen: die Aufklärung. Der Kapitalismus, der alles Elend und alle Not verursacht, zu beseitigen, soll die neue junge Kämpferschar beitragen, so begeistert und opferwillig, wie auch die Alten es sind und wie auch diejenigen von den Alten es wieder werden sollen, die infolge der schweren Niederlagen des Proletariats die Flinte ins Korn geworfen haben. Genosse Schoenlank schilderte dann das Ziel, das zu erreichen ist: den Kommunismus: die Gesellschaftsordnung, in der jeder nach seinem Bedarf verzehren und nach seinen Fähigkeiten arbeiten wird; wo man in der Arbeit keine Last mehr, sondern eine Freude erblickt, in der die Menschengemeinschaft verwirklicht sein wird, das, was seit vielen Zeiten als tausendjähriges Reich erstrebt ist. Dann werden die Menschen frei von allen materiellen Sorgen ihre Beziehung zur Welt anders empfinden als heute und ihre Verbundenheit auch mit den Sternen fühlen.

Nach der Rede wurden eine Broschüre „Worte an die schulentlassene Jugend" und Gedenkblätter verteilt. In einem Sprechchor „Dämmerung — Befreiung" gaben die Kinder selbst ihre Kampfbereitschaft kürs Proletariat kund, in dem recht anschaulich auch Pfarrer und Lehrer abgeleimt werden, und der in dem gemeinsam gesungenen „Roten Kampflied" endete. Der Eindruck der Feier bei den Erwachsenen wie bei den Kindern war ein starker, und viele von ihnen werden, wenn sie im Produktionsprozeß stehen, daran denken, daß proletarische Feier bedeutet: den Alltag und die Frohn des Arbeiters aufzeigen. Daß hier kein Widerspruch ist zwischen Verheißung und Erfüllung, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann.

Kunstabend für die Internationale Arbeiter-Hilfe

Die Veranstaltungen der Werbewoche für die IAH. beginnen in Halle mit einem Kunstabend. Es ist gelungen, die ausgezeichnete Tänzerin Hilde Schewior zu verpflichten. Sie wird den Hauptteil des Abends mit ihrer einzigartigen, wundervollen Kunst bestreiten. Wie vielseitig diese ist, zeigte schon das in der Sonnabend-Nummer veröffentlichte Programm. Verbindende Kammermusik stellt das Steuer-Orchester.

Hilde Schewiors Kunst ist gegenwärtig das Beste und Höchste auf dem Gebiet des dramatischen Tanzes. Die Berliner Presse ist einmütig in höchster Anerkennung. Hier einige Auszüge aus Pressestimmen:

„In ihr gären Kräfte unserer jungen künstlerischen Generation, Schönheit der Bewegung, weiblich graziöser Reiz ist ihr nichts, stärkster Ausdrucswille, tiefste Verinnerlichung alles.

„Börsencourier."

„Wen mimische Verwandlung, bildnerische Phantasie, uneitles Kunstwollen, Darbietungen beherrschten Körpers starkes Erleben vermitteln können, wird hohen Gewinn bei dieser Tänzerin ernten. Erstaunlich die Phantasiekraft dieses Menschens, mit der er auch ohne suggestive Hilfen die Gewebe seiner Visionen vor uns ausbreitet. Das sind zwei — nun, sagen wir Nummern, ohne Musik. „Weg", „Narr". Lang, reizlich lang. Aber der Zuschauer sitzt gebannt vor diesem Ablauf bildnerischen Geschehens. Zwei Leben erlebt man mit. Das des rein menschlichen, von allen sozialen Bindungen, Mißbildungen, Lügnissen frei gedachten, des reinen Menschen — und das ins Gewirk der Eitelkeiten, Selbstsüchte, Irrtümer rettungslos verponnene Leben des Narren. Hoffnungen, Freuden, Erwartungen, Kämpfe, Enttäuschungen, Aufbäumen, Niederlagen, Tod in beiden: aber in dem einen der aufrechte Mut des Siegermenschen — in dem andern die eitel-geblähte Nichtigkeit, das marionettenhafte Scheinleben von uns allen . . . Erschütternd auch, wie in den Umkreis weniger Minuten das Leben einer Proletarierfrau gepreßt wird. In schwarzem Sack, mit einmärschem müden Tritt, mit herabschlackernden Armen, mit aus der Stirn gesträhntem Haar, mit erloschenem Blick, mit stumpfen Gesichtszügen um den klagestummen Mund; so schreitet dieses Abbild menschlichen Elends über die Bühne. Zweimal bleibt sie stehen, ein fernes Entsinnen flackert auf in diesem teigig gewordenen Hirn, langsam, häßlich, ungeschickt, aber unsäglich rührend, heben sich die hageren Arme, die abgearbeiteten Hände einem matten Traumwunschbild entgegen . . . Auf halbem Wege sinken sie wieder müde herab . . . Dann tierhafte Ergebung . . . Dann schlürfendes Weiterschreiten. Ein Leben. Gepreßt in einen Gang über das Podium.

„Vossische Zeitung".

Das Publikum raste und wollte am liebsten jede Darbietung wiederholt sehen.

„Lokal-Anzeiger."

Die Veranstaltung ist Mittwoch, den 2. April, 8 Uhr, im großen Volksparksaal. Die Karte kostet im Vorverkauf eine Mark. Man versehe sich zeitig damit.

• **Der Aerzteconflikt** mit der Ortskrankenkasse beigelegt. Wie wir erfahren, haben die Verhandlungen zwischen dem Vorstand der Ortskrankenkasse und der Organisation der Aerzte zu einer Einigung geführt, so daß vom 1. April der alte Zustand wieder hergestellt wird. Die Mitglieder der Krankenkasse brauchen dann in Zukunft die Aerzterechnungen nicht mehr auszulegen.

• **Eine Brieftasche** mit Inhalt (Abrechnungsgelder für eine Bauarbeiterorganisation und zwei Mitgliedsbüchern) am Freitag in der Heide verloren. Abzugeben im Verlag Klassenkampf, Lerchenfeldstraße 14.

Haben bei Verschmelzungen der Gewerkschaften Reichstarife noch Gültigkeit?

Ueber diese Frage hatte der hallische Schlichtungsausschuß in einer Sitzung am Dienstag, dem 25. März, eine Entscheidung zu fällen.

Der Steinsetzer-Verband hatte sich mit dem Verband der Steinarbeiter vereinigt und bleibt aber weiter als selbständige Sektion bestehen.

Der abgeschlossene Reichstarif sieht als Höchstarbeit den Achtstundentag vor. Die Unternehmer vom Bezirk Halle-Merseburg behaupten nun, daß die Verschmelzung den bestehenden Reichstarif außer Kraft setze und verlangen daher die Einführung einer neunbzw. zehnstündigen Arbeitszeit und die in Aussicht stehenden Verhandlungen im Reichsmaßstabe abzuwarten. Bei einer weiteren Begründung kam die ganze Brutalität des Unternehmertums kraß zum Vorschein. Jahrelang hätten sie sich von der Arbeiterschaft unterdrücken lassen müssen. Dieser Zustand müsse beseitigt werden. Die Betriebsräte seien Waschlappen und Querulanten. Ferien sind nach der Meinung der Unternehmer für die Steinarbeiter Luxus, weil sie das ganze Jahr im Freien arbeiten. Der Schlichtungsausschuß hat in diesem Falle dem Verlangen der Unternehmer nicht Rechnung getragen. Durch eine Erklärung brachte er zum Ausdruck, daß die Verschmelzung von Gewerkschaften kein Grund sei, bestehende Verträge außer Kraft zu setzen.

Eine Entscheidung oder Schiedsspruch glaubte der Schlichtungsausschuß nicht fällen zu können, da diese Frage eine Rechtsfrage sei und die Aufgaben des Schlichtungsausschusses nur darin bestehen, über einzelne Streitfragen des Tarifes Entschließungen herbeizuführen, nicht aber über den Tarif selbst.

Ammendorf. Der heimgeleuchtete Arier. Die Deutschvölkischen sind auf ihre Art eine versucht freche Gesellschaft. In allen Orten glauben sie, ihre hohltönenden Phrasen an den Mann bringen zu können, um dabei das Angenehme mit dem Nützlichen zu verbinden, nämlich Stimmenfang für die kommende Reichstagswahl zu treiben. Auch nach Ammendorf wagte sich ein solcher Volksbeglücker. In Ermangelung anderer Kumpane mußte der arische Tiradenschwinger Versammlungsleiter, Referent und Rausschmeißer in einer Person verkörpern. Mit den blödesten Dingen glaubte er in Ammendorf Eindruck zu schinden. Doch weit gefehlt. Die Versammlung, die ausschließlich von kommunistisch denkenden Arbeitern besucht war, ließ den Mann ruhig ausfabeln. Der Genosse Menzel gab ihm dann in der Diskussion das, was er wert war. In seiner Angst schrie er nach Polizei, die natürlich in Form von vier Gendarmen prompt erschien. Der Kneiper, der ja gern gesehen hätte, wenn die Arbeiter ihr Geld bei ihm verzehrt hätten, löschte das Licht und versuchte sein Hausrecht anzuwenden. Doch unbeirrt wurde die Versammlung von den Kommunisten zu Ende geführt. Der tapfere Teutone hatte längst das Hasenpanier ergriffen und beweinte die Stunde, die ihn verleitet hatte, nach Ammendorf zu gehen. Wir glauben, daß die Deutschvölkischen nach Ammendorf nicht wieder kommen werden, sie können hier wirklich keinen Eindruck schinden.

Theater und Konzerte in Halle

Gastspiel: Der Maskenwagen der Holtorf-Truppe

„Komödie der Irrungen" von Shakespeare.

Shakespeare steht an zweiter Stelle, das ist bemerkenswert. Es war nett und unterhaltend, es war etwas Neues. Man war am Schluß eigentlich befriedigt, fleht doch das Spiel dahin und bald war es aus. Nun umspannt uns Nacht und das ergötzliche Spiel ist vergessen. Es sind ein paar Stunden dahin und man überblickt das Ganze, sucht Wert und Unwert und leicht ist das Grundsätzliche festgestellt: Auch die Komödien Shakespeares tragen eine Welt der Wirklichkeit in sich, und hinter allem Witz liegen Dinge, die den Menschen in seinem Menschsein treffen. Shakespeares Komödien sind keine Grotesken, die nur amüsant sein sollen und einen ästhetischen Genuß bereiten. Ueberall klingt das Tragische, das Klinge, die Liebe, der Haß, das Erhabene oder Kraftvolle hervor. Das ist eben Shakespeare eigen, daß auch die unmöglichste Handlung niemals platt wird und immer wahrhaftig und überzeugend wirkt.

Die Dichtung kam, wie gesagt, zu kurz. Der Wert wurde auf den Rhythmus der stofflichen Handlung und nicht dem des inneren Gehaltes des Werkes gelegt. Zu sehr wurde das Dekorative, nicht im schlechten Sinne, hervorgehoben. Es ist ein halber Schritt getan. Der Moskauer Untertairow gab den Schritt ganz und brachte eine vollendete Leistung. Es scheint, daß bei der Holtorf-Truppe zuviel Dogma ist. An jedes Werk geht man (wie gesagt, es scheint) mit den gleichen Voraussetzungen und mit dem gleichen Willen heran. Das äußere Bild herrscht. Ich hörte zufällig, daß der Leiter der Truppe ein Maler sein sollte. Da hätten wir den Grund. Eine Aufführung, die nicht dem inneren Wesen des Werkes entspringt, kann nie ein einwandfreies Gelingen zeitigen, denn jedes Werk hat seinen eigenen Rhythmus, seinen eigenen geistigen und seelischen Gehalt. Will man das Theater auf eine Norm bringen, so ist von vornherein ein Minus da. Wahrscheinlich wird eine künftige, umfassende allgemein gültige Kulturepoche auch eine allgemein gültige Form für das Theater haben, die aber erwächst einer Weltanschauung, die allgemein anerkannt ist. Heute dagegen wird applaudiert. Intellektuell glaubt man Kultur machen zu können, geistige Spielerei, die jeder treibenden Urkraft entbehrt.

Wer will abstreiten, daß unsere ganze Entwicklung um den Menschen geht, um ihn, nur um ihn? Die sozialen Kämpfe beweisen dies am besten und auch die geistigen, die im Alltag des Lebens sich abspielen. Uns ist der Mensch in seiner Gesamtheit wichtiger als irgendeine bedeutende Kulturangelegenheit, denn wir wollen das Leben zur Kultur erheben. Dieses ist oberster Grundsatz, dem sich alles unterordnet. Auch die Kunst und das Theater soll zu uns sprechen, soll uns emporreißen, uns erheben, uns anfeuern und erschüttern. Dazu gehört die seelische Beziehung zwischen dem Zuschauer und dem Schauspieler. Ein lebendes Band muß das Schicksal der Spieler mit dem Herzen des Zuschauers verbinden. Gestaltung ja, aber nie Verkalkung, Versteinerung, falter ästhetischer Genuß. Masken auf der Bühne lassen nie die Herzen der Zuschauer rascher schlagen, können nie herzliche Freude oder Trauer, Empörung oder Schmerz empfinden lassen. Man steht über der Sache. Immer ist man sich bewußt: Du bist im Theater. Am sympathischsten wirkte zweifellos die junge Frau, natürlich durch ihr gutes Spiel, aber vor allem auch durch das wenig maskenhafte ihres Gesichts. Denn nur die menschliche Mimik ins künstlerische gesteigert und qualifiziert spricht zu uns, nie die Maske. Sie ist und bleibt immer eine Sache, die außerhalb steht. Im großen und ganzen war die Aufführung sehr geschmackvoll arrangiert. Auch die Spieler fügten sich gut in das besagte Bild durch: Welche Welt zwischen Hauptmanns „Weber" und dieser Aufführung! K—d.

„Siegfried" von Rich. Wagner.

„Siegfried" ist der wichtigste Teil des „Ringes der Nibelungen". Wagner wählte als Textgrundlage zu dieser Trilogie nicht das in Deutschland entstandene Nibelungenlied mit seinen christlichen und höfischen Elementen, sondern ging auf ältere, heidnische Quellen, wie die Edda und die Wälsungensage zurück. Neuerdings hat sich der Film dieses Stoffes bemächtigt. Das wird eine Freude werden, hier alle treuentseelen Knaben und Männer, rasserein Germanen, neben die alte Nibelungentreue bewundern zu können, die man ja überhaupt in Erbpacht zu haben glaubt, d. h. man hält und bricht sie nach Belieben. Schließlich reiht man Siegfried unter die Parteigötzen ein. Dieser Film, so künstlerisch er auch hergestellt sein mag, wird gegen die Wagnersche Trilogie eine Eintagsfliege bleiben. Die Musik ist es, die dem Ring Ewigkeitswert verleiht. Schrieb doch Wagner an einen seiner Freunde: „Das Orchester bringt fast keinen Takt, der nicht aus vorangehenden Motiven entwickelt ist." In „Siegfried" speziell wird die Waldstimmung wunderbar gezeichnet. Besonders die Musik des zweiten Aktes trägt diese Stimmung Rechnung.

Die Sonnabend-Aufführung im Stadttheater war in ihrer Wirkung stark abhängig von dem Träger der Titelrolle, Fritz Berghoff. Der Sänger hatte schöne Momente; in der Höhe strahlte er zuweilen jedoch mit der steigen Disposition, überzuschnappen. Am Schluß des ersten Aktes sicherte er sich einen guten Abgang. Aber danach bedrückte den Zuhörer die Frage: „Wird er durchhalten?" Er hielt sich tapfer, konnte aber im dritten Akt gegen seine Partnerin nicht bestehen. Diese, Maria Günzel-Dworski, sollte als Brunhilde in der Maske etwas herber auftreten. Stimmlich löste sie ihre Aufgabe glänzend. Ihr Volumen ist beneidenswert. Fritz Kerzmann bot als Wanderer wieder eine solide, abgerundete Leistung, wie man es von ihm gewöhnt ist. Der Weimeraner Gast, Fritz Stauffert, stellte den Mime äußerst wirksam dar, stimmlich charakterisierte er diesen Zwerg durch ausgezeichnete Rezitation, den Wagnerschen Stabreim recht betonend. Hier und da hätte die musikalische Linie besser gezeichnet werden können. Das gilt auch von Heinz Borris (Alberich), der sich übrigens in die seinem lyrischen Bariton gar nicht liegende Rolle ganz gut hineinfand. Heinz Prybits Paß ist zur Charakteristik des Wurmes Fafner recht gut geeignet. Henriette Böhmer bot als Erda in bezug auf edle Tonschönheit weitaus das Beste unter allen Solisten. Ihre Aussprache wäre deutlicher, wenn sie nicht nur die Endkonsonanten, sondern vor allem die klingenden Anfangskonsonanten hervorheben würde. Sympathisch wirkte Gertha Rinekes Stimme des Waldvogels. — Kapellmeister Braun holte mit seinem Orchester den Stimmungsgehalt des Werkes in erschöpfender Weise heraus. — Die Bühnenbilder blieben im Rahmen des Althergebrachten. Man könnte ja für eine neuzeitliche Dekoration mit Stinkbomben (à la „Hinkemann") quittieren! 3.

Betrachtungen zur Aufführung der „Weber" im hallischen Stadttheater

Ein Beitrag zur Kulturgeschichte der Republik.

Gerhart Hauptmann ist der Nationaldichter des schwarzrotgoldenen Deutschland. Was ihn veranlaßt — genau wie unseren Landesvater Ebert — fortdauernd in Würde zu machen. Er ist heute da, wo er entwicklungsmäßig sein mußte. Und der Naturalismus ist nach dem Weltkrieg auf dem Boden der Tatsachen gelandet.

Selbst wenn alles aufgeboten wird zu beweisen, daß „Die Weber" kein revolutionäres Drama sind, so ist doch nie besser erwiesen worden, als im März 1924, daß sie ein revolutionierendes Drama sind. Vielleicht ist diese Aufführung sogar Symbol dieses Märzes. Leider. Noch vor zwei Jahren löste ihr Anschauen Aktionsbereitschaft aus. (Man erinnere sich an die Kundgebungen im Berliner Großen Schauspielhaus.) Heute bringt sie Einsicht für die eine und Vorsicht für die andere Seite. Die andere Seite ist die herrschende Klasse. Sie entschuldigt in einem Programm-Artikel zwei Druckseiten lang, daß sie das Stück herausgebracht hat und erklärt, daß sie es als „reines Kunstwerk" genießen wolle. Guten Appetit!

Dieser Artikel ist als Kulturbeitrag wichtig, und man sollte ihn eigentlich ganz zitieren. Da steht: „Es half nichts, daß der Dichter sich in einer Erklärung gegen den Vorwurf verwahrte, er habe ein sozialistisches Kampfstück schreiben wollen. Das Odium des Tendenzdramas blieb lange Zeit an ihm haften, und nur der ausführendes Arbeit einsichtsvoller Kritiker und dem zeitlichen Abstand, den wir allmählich zu dem Stück gewonnen haben, ist es zuzuschreiben, wenn heute „Die Weber" als reines Kunstwerk gewertet werden, wie Hauptmann sie von vornherein aufgefaßt haben wollte. So wird es jetzt niemand mehr einfallen, das Stück als revolutionäres Tendenzdrama anzusprechen, wenn er sich nicht einer völligen Verkennung von Gerhart Hauptmanns dichterischer Persönlichkeit schuldig machen will." Die Verwahrung des Dichters gegen die revolutionäre Tendenz seines Stückes sagt alles gegen den Dichter, nichts gegen das Stück, und die Eilfertigkeit des Dementis sagt alles für das Stück. Schließlich ist ja der Inhalt des Stückes noch da. Wie in dem Leit-Artikel dazu vermerkt wird: „Der stoffliche Vorgang, der revolutionär aufgefaßt werden könnte." Ja, aber der ist durch die „aufklärende Arbeit einsichtsvoller Kritiker und den zeitlichen Abstand" aus der Welt geschafft. Hier ist der einsichtsvolle Kritiker, endlich einmal, gestempelt zu dem, was er ist, zu einem Expedienten Weiser des Herrn Fabrikanten Dreißiger. Wir danken dem Herrn Dr. E. G. für diesen Artikel. Einen prächtigeren Hohlspiegel könnten wir uns selbst gar nicht schaffen. Der zeitliche Abstand — aber was geht das einen Theaterpraktiker an — ist wohl überwunden in der Zeit der Arbeitslosenunterstützung? Nämlich „. . . er verkündet nirgends sozialdemokratische Ideen und Forderungen, nur der Notschrei des Hungers erschallt, aus dem der Aufstand der Weber erwächst." Herr Dr. E. G., seien Sie versichert: so ist das Leben. Es wird nichts verkündet, und wennschon! Nur der Notschrei des Hungers erschallt, aus dem der Aufstand erwächst. Die Hetzer, die Schmutzaufwirbler, die Märtyrer, was können sie leisten im Vergleich zur Gewalt des Hungers? Darum ist die Aufführung Symbol dieses März. Die Bourgeoisie genießt den Notschrei des Hungers als „reines Kunstwerk". Dafür kann Hauptmann nichts. Dafür kann nur der „zeitliche Abstand". Den die Regie so dokumentierte, daß sie eine längst entschwundene Kostümierung vornahm und den Herrn Dreißiger — in die Maske eines Juden steckte.

Zur Einsicht auf der einen Seite aber führt der Satz: „Die Not ist die Heldin des Stückes . . . Darum entbehrt die Empörung dieser armen, von bitteren Entbehrungen aufgepeitschten Weber auch ganz ihrer positiven Wirkung." Hier ist kein „zeitlicher Abstand". Hauptmann hat nicht den Sieg des Proletariats gezeigt; doch er hat gezeigt, warum es nicht gesiegt hat. Er hat auch das nicht gewollt. Aber das naturalistische Drama ist eine gute Photographie und hält die Tatsachen fest. Mag sich der Autor noch so wandeln: das Bild wandelt sich nicht.

Darum ist dieses Drama revolutionierend. Das letzte Wort war noch nicht gesprochen, als dieses Drama geschrieben wurde. Heute ist die Stille vor dem Sturm (ganz gleich, wie lange sie andauert). Aber wir benutzen diese Zeit, rückschauend zu lernen. Das fühlt der Bürger. Das bringt ihn zu so überstürzten Interpretationen. Dieses Stück hätte eine frühere Epoche darstellen können. Wir hätten schon einen Schritt weiter sein müssen. Und könnten die „Idee" als „reines Kunstwerk genießen". Das Proletariat gleicht noch zu sehr dem alten Hiffe. Deshalb darf „nur der Notschrei des Hungers erschallen". Den „Ewigen Traum" kann dieses Deutschland noch nicht gebrauchen. Notwendig ist: die Kluft sichtbar zu machen, die von den Nebelwiesen des Nibelungenfluches gezeichnet wird.

Wann wird also das Stück wieder abgesetzt werden? Olf.

Volksbühne. Zu dem Donnerstag, dem 3. April, abends 8 Uhr, im „Volkspark" stattfindenden Konzert des Lehrergesangvereins haben Mitglieder von Jugendvereinen, die dem Ortsausschuß für Jugendpflege angeschlossen sind, einen ermäßigten Eintrittspreis von 50 Pfg. Kartenverkauf in der Geschäftsstelle Brüderstraße 14 und an der Abendkasse.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240331-15/fragment/page=0005

Die Bureaus in der Leuchenfeldstraße 14 sind bis 5½ Uhr nachmittags geöffnet!

Mitglieder der Produktiv-Genossenschaft, sorgt für die rasche Auffüllung des neuen Geschäftsanteils!

Aus der Provinz

Genossenschaftswoche vom 10. bis 17. April 1924

Die am 24. Februar in Halle stattgefundene genossenschaftliche Ernährungskonferenz — veranstaltet von der proletarischen Opposition im „Zentralverband deutscher Konsumvereine" — forderte sämtliche proletarische Organisationen auf, in der Woche vom 10. bis 17. April in jeder Stadt eine öffentliche Kundgebung für die Umwandlung der Konsumvereine in „Klassenkampforganisationen zu veranstalten. Diese Kundgebungen sollen gemeinsam von den Konsumvereinen, Arbeiterparteien, Gewerkschaften und Betriebsräten einberufen werden. Die gesamte Gewerkschafts- und Parteipresse soll in dieser Woche speziell auf die Genossenschaftsfrage eingehen und auf die Bedeutung der Konsumvereine hinweisen. In sämtlichen Parlamenten und Kommunen sollen Anträge im Sinne der Forderungen der genossenschaftlichen Ernährungskonferenz in Halle gestellt und in der genannten Woche zur Verhandlung gebracht werden.

Die Konsumgenossenschaftsbewegung befindet sich in einer äußerst schwierigen Krise. Selbst durch die Stabilisierung der Währungsverhältnisse auf Kosten der arbeitenden Massen ist der Existenzkampf für die Konsumvereine immer schwerer geworden, da die Konkurrenz des überlegenen Großkapitals sie zu ruinieren droht. Nur wenigen Kreisen der Arbeiterschaft ist die Situation der Konsumvereine bekannt. Mehr denn je ist es deshalb gerade heute notwendig, daß alle arbeitenden Schichten auf die Genossenschaftsbewegung hingewiesen werden und sie erkennen, daß, wenn es gelingt, die Konsumvereine zu Kampforganen der proletarischen Klasse umzugestalten, sie ein nützlicher Faktor im proletarischen Existenz- und Befreiungskampf sind. Viele Arbeit gibt es noch zu leisten, um den verderblichen Einfluß der Reformisten zu brechen und den Weg zur Diensbarmachung der gesamten Konsumgenossenschaftsbewegung für die Interessen der Arbeiterklasse zu ebnen. Mit aller Kraft muß deshalb an die Organisierung der Genossenschaftsmoche gegangen werden.

Die Genossenschaftsmitglieder müssen durch die Vertreter in den Aufsichtsräten oder durch Mitgliederversammlungen veranlassen, daß in der Genossenschaftswoche in allen Verteilungsstellen Versammlungen stattfinden und daß außerdem in jedem Ort eine große öffentliche Kundgebung veranstaltet wird. Wo die Konsumvereine, Arbeiterparteien, Gewerkschaften oder Betriebsräte eine Beteiligung an einer solchen Kundgebung ablehnen, muß die Genossenschaftsopposition die Initiative ergreifen. Im Mittelpunkt der Genossenschaftswoche soll die genossenschaftliche Ernährungskonferenz und das dort gefaßten Beschlüsse stehen. Jeder Arbeiter muß Kenntnis erhalten von dem in Halle aufgestellten proletarischen Genossenschaftsprogramm.

Der vierte Zeitzer Landfriedensbruchs-Prozeß

Freispruch der Angeklagten

Der vierte Zeitzer „Landfriedensbruchs"-Prozeß, von dem wir in unserer Sonnabend-Nummer berichteten, ist ins Wasser gefallen. Er endete mit dem Freispruch sämtlicher Angeklagten. Bei einigen ist zwar Felddiebstahl angenommen worden, da aber inzwischen die gesetzliche Frist von drei Monaten verstrichen, also Verjährung eingetreten war, mußte das Verfahren eingestellt werden.

In der Verhandlung wurde festgestellt, daß die Angeklagten der Meinung waren, das betreffende Kartoffelfeld sei zum Stoppeln freigegeben gewesen. Die Angeklagten behaupteten, und Polizeibeamte bestätigten dies, daß der Verwalter des Stadtgutes, zu dem das geplünderte Feld gehört, gesagt habe: Laßt die Leute nur stoppeln, sie finden ja doch nicht viel! Der Staatsanwalt hatte für zwei Angeklagte 7 bzw. 6 Monate Gefängnis beantragt.

Die Bauunternehmer diktieren weiter

Der Bezirksarbeitgeberverband hat neuerdings befohlen, daß seine Mitglieder den Bauarbeitern eine schriftliche Erklärung abzwingen sollen, wonach u. a. der 50-Pfennig-Stundenlohn bestehen bleibt. Weiter wünscht man, daß von den Arbeitnehmerverbänden beantragte örtliche Verhandlungen um höhere Löhne nicht stattfinden sollen. Wenn keine Vereinbarungen mit den Bezirks- und Zentralinstanzen zustande kommen, soll der in Aussicht stehende Spruch des Schlichters gelten.

Es muß allen baugewerblichen Arbeitern klar sein, daß ein neuer Tarif mit den gestellten Bedingungen der Unternehmer — Verlängerung der Arbeitszeit, Wegfall der Ferien, Ausschaltung der Lohnfestsetzung für die Lehrlinge, Einführung der Akkordarbeit — abgelehnt werden muß. Es sind deshalb einzelne Abmachungen der Unternehmer mit „ihren" Arbeitern als ungültig zu betrachten. Berufsgenossen, haltet Euch alle bereit zum Abwehrkampf. Hoch der Achtstundentag! Fordert überall höhere Löhne!

Sozialdemokratische Erziehungsmethoden und gewerkschaftliche Morallehre!

Aus Merseburg wird uns geschrieben:

Ein neunjähriges Büblein fuhr am Sonntagabend 6.20 Uhr von Halle nach Merseburg. Das hoffnungsvolle Söhnchen verwickelte die Fahrgäste in folgende Unterhaltung:

Büblein: Bitte, geben Sie mir doch mal diese Zeitung, ich möchte etwas lesen.

Ein Herr: Du kannst doch Schulbücher lesen, verstehst Du denn etwas von Zeitungen?

Büblein: O ja, ich lese das „Volksblatt", den „Merseburger Correspondent", aber am liebsten das republikanische Witzblatt „Lachen links".

Der Herr: Du bist wohl ein Hallenser, oder was hast Du in Halle verloren?

Büblein: Halle ist meine zweite Heimat, da wohnt meine Großmutter; in Halle gibt es drei Menschensorten, Halloren, Hallenser und Halunken.

Der Herr: Du gehörst natürlich zu den letzteren. Aber sag' mal, was willst Du einmal werden, Du Schlauberger?

Büblein: Zu Ostern komme ich auf das Gymnasium; ich will mal Ingenieur werden.

Der Herr: Was ist denn Dein Vater?

Büblein: Gewerkschaftssekretär bei den Metallarbeitern.

Der Herr: Da hat er wohl einen schlauen Posten?

Büblein: Nein, er muß sich soviel über die kommunistische Ortsverwaltung ärgern, die Gegner meines Vaters ist.

Der Herr: Sag mal, was ist denn ein Kommunist?

Büblein: Ein Kommunist ist eine Abart von Kamel und Esel!

Der Herr: Wie heißt Du denn, mein Kleiner?

Büblein: Heinz Hennig.

Das Plappermäulchen fand bis Merseburg nicht eine Minute still, zum Ergötzen der Fahrgäste. Aber war der Vater des Bübleins nicht auch mal eine Abart von Kamel und Esel?

Auflösung des Provinzial-Wohlfahrtsamts

In der letzten Sitzung der Vereinigung Provinzialwohlfahrtsamt Sachsen wurde die Auflösung des Provinzialwohlfahrtsamts beschlossen. Der Oberpräsident Hörsing, Vorsitzender des Amtes, wies darauf hin, daß infolge Mangels an den notwendigen Mitteln diese Wohlfahrtseinrichtung eingeschränkt, die bisher herausgegebene Monatsschrift eingestellt und der Kampf des Amtes gegen die Volkskrankheiten ruhen müssen. Vom 1. April an ständen dem Amt keine Reichs- und Staatszuschüsse mehr zur Verfügung. Lediglich aus Mitgliederbeiträgen weiter zu erhalten, sei unmöglich. So wird eine Wohlfahrtseinrichtung nach der anderen abgebaut. Für kulturelle Zwecke hat der kapitalistische Staat kein Geld zur Verfügung. Desto mehr aber, wenn es sich um militaristische Zwecke handelt, um den Schutz des Kapitals. Auch den abgetakelten monarchistischen Offizieren werden hohe Pensionen bezahlt, wie auch den abgesetzten Monarchen und Fürsten hohe Summen in den Hals geworfen werden. Nur wenn es sich darum handelt, den Armen der Bevölkerung zu helfen, dann ist kein Geld da. Wahrlich, wir können stolz sein auf unsere herrliche deutsche Republik!

Gegen die Spaltungsoffensive der ADGB.-Bureaukraten

Am Sonnabend tagte in Halle eine vom rechts- und statutenmäßig gewählten Bezirksausschuß des ADGB. einberufene Konferenz der Ortskartelle des Bezirkes Halle-Merseburg. Die Konferenz beschäftigte sich mit der vom Bundesvorstand des ADGB. über die Köpfe der Mitglieder der Gewerkschaften und ihrer Vertreter hinweg diktierten Absetzung des Bezirksausschusses. Die Konferenz gab ihren Protest gegen den Gewaltakt durch einstimmige Annahme folgender Entschließung Ausdruck:

Entschließung.

Der ADGB. hat den Ausschuß (Vorstand) des Bezirkskartells die Anerkennung versagt, obgleich derselbe rechtmäßig gewählt war, ohne hiervon der Mehrheit des Ausschusses Mitteilung zu machen.

Der ADGB. hat ferner eine Konferenz der Ortsausschüsse der Bezirke Magdeburg, Anhalt und Halle-Merseburg nach Köthen einberufen (30. März 1924) zu dem Zwecke, die drei Bezirkskartelle zusammenzulegen. Dadurch würde das Bezirkskartell Halle-Merseburg seiner Selbständigkeit beraubt, ohne daß die Ortsausschüsse von ihrem Mitbestimmungsrecht Gebrauch machen konnten.

Die auf der Bezirkskonferenz (29. März 1924) vertretenen Ortsausschüsse verurteilen auf das schärfste das unverantwortliche und gewerkschaftsschädigende Vorgehen des ADGB. Dieser will die von den Gewerkschaftskollegen vorhandene Auffassung und Meinungsfreiheit gewaltsam unterdrücken.

Das Bezirkskartell Halle-Merseburg stellt fest, daß die Ortsausschüsse Eilenburg, Hettstedt, Delitzsch, Mücheln, Mühlberg, Eisleben, Bockwitz und andere überhaupt keine Einladung zu der Konferenz in Köthen erhalten haben. Dadurch beweist der ADGB., daß er die oppositionelle Meinung der Mehrheit des Bezirkskartells unterdrücken will.

Das Bezirkskartell Halle-Merseburg spricht daher der Konferenz in Köthen das Recht ab, gültige Beschlüsse zu fassen. Durch Zusammenlegung der drei Bezirkskartelle würde die Aufklärungsarbeit und Agitation selbst bei Anstellung eines Sekretärs weiter vermindert.

Die Kollegen von Halle-Merseburg lehnen darum eine Vereinigung mit dem Bezirk Magdeburg und Anhalt ab. Die oppositionellen Ortsausschüsse brandmarken die Passivität des ADGB. anläßlich der Unternehmeroffensive, die sich besonders in der Besetzung des Achtstundentages ausgewirkt hat. Die Delegierten fordern alle Kollegen auf, sich getreu den Richtlinien der „Weimarer Konferenz" auf die Abwehrkämpfe der nahen Zukunft vorzubereiten und diese mit dem Werkzeug des revolutionären Klassenkampfes zu führen.

Keine Gemeinschaft zwischen Arbeit und Kapital. Getreu diesem Grundsatz wird die Arbeiterklasse kämpfen unter einer revolutionären Führung.

Vorbedingung für den Sieg ist die gewerkschaftliche Einheit. Die Einheit wird zerstört durch die Politik des ADGB. und der Hauptvorstände, die durch ihre Ausschlußpolitik die Verbände von den besten Funktionären entblößen.

Dieses gewerkschaftsschädigende Treiben des ADGB. rückt die Gefahr der Spaltung in greifbare Nähe. Die oppositionellen Delegierten brandmarken dieses Treiben des ADGB. vor aller Oeffentlichkeit und fordern ihre Mitglieder auf, alle Versuche auf eine Spaltung der Gewerkschaften energisch zurückzuweisen.

Der Vorstand des Bezirkskartells Halle-Merseburg.

Grabow, Höder, Richter (Halle), Schmidt (Naumburg), König (Weißenfels), Watte (Bockwitz), Hunstock (Eisleben).

Staatliche Hilfe für Bodenverbesserungen auf Kosten der Erwerbslosenfürsorge

WTB. meldet: Südlich von Genthin in der Provinz Sachsen liegt der 9300 Hektar große Fiener Bruch, der saures Futter hervorbringt, da es ihm an ausreichender Entwässerung und Schutz gegen unzeitige Ueberflutung mangelt. Durch Ausbau der Wasserläufe und Anlage von Stauschleusen kann hier eine Grundlage für eine gute Grünlandwirtschaft geschaffen werden. Ein Projekt zur Entwässerung dieses Bruchs ist fertiggestellt. Die Gesamtkosten sind auf 800 000 Goldmark veranschlagt. Wegen Geldmangels mußten die im Mai 1923 begonnenen Arbeiten eingestellt werden. Die nunmehr wieder in Angriff genommen werden können, da, wie uns von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, die Reichs- und Landesregierung sich bereit erklärt haben, das für die Volksernährung sehr wichtige Projekt aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge durch Hingabe eines langfristigen Darlehns zu fördern. Gleichzeitig ist die Möglichkeit gegeben, eine größere Anzahl auf längere Zeit (750 Erwerbslose auf 200 Arbeitstage) zu beschäftigen.

Merseburg-Querfurt

Merseburg. Jugendweihe! Im Saale der „Funkenburg" fand gestern die Jugendweihe statt. Der Arbeiterjängerchor leitete die Feier mit dem Lied: „Freundschaft und Liebe" ein. Die Weiherede hielt Genosse Kurt Beuthan, Weißenfels. Ausgehend vom Standpunkt der proletarischen Freidenker, streifte er das Wesen der Jugendweihe und deren Verhältnis zu den Konfirmationen der kirchlichen Religionsgemeinschaften. Weiter entlarvte er treffend die Moral und Sittengesetze der bestehenden Gesellschaftsordnung. Die jungen Menschenkinder werden nach dem Eintritt in das neue Leben die Klassengegensätze der Jetztzeit kennenlernen und werden Verlangen nach den Schätzen und Kulturgütern dieser Welt verraten. Gen. Koch überreichte den Jugendlichen unter Glückwunschworten Gedenkblätter. An der Jugendweihe haben teilgenommen: Charlotte Eckert, Ella Ristland, Ida Döhring, Marie Reichelt, Irmgard Henk, Erna Brüner, Erna Rothfuhs, Gertrud Richter, Gerda Wegner, Lina Mortenn, Gertrud Becker, Erna Meinke, Hildegard Buchelt, Lisbeth Bruer, Helene Ernst, Gertrud Bernhard, Marta Wegner, Kurt Heyer, Willi Baum, Otto Schubert, Kurt Hoppe, E. Nowack, Hermann Henneberg, Erich Liske, Erich Ludwig, Hermann Jüngen, Karl Hesselbarth; Hermann Kunze, Fritz Hanke, Max Kellermann.

Merseburg. Kreis- und Ortsgruppenleitung. Mittwoch, den 2. April, abends 7 Uhr, Markt 7, Sitzung. Da die Sitzung erst gegen 8 Uhr beendet sein muß, ist pünktliches Erscheinen erforderlich.

Merseburg. Der Magistrat ignoriert die Beschlüsse des Stadtverordneten-Kollegiums. Wie weit es in der durch die USPD. gestützten deutschen Republik gekommen ist, beweist folgendes Magistratsdiktat. Auf Anlaß dieser Behörde wird die Arbeitszeit der städtischen Arbeiter ab 1. April auf neun Stunden ausgedehnt. Herr Hahn vom Stadtbauamt erklärt: „Wem es nicht paßt, der geht!" Bekanntlich hat die letzte Stadtverordnetensitzung mit großer Mehrheit, unter Zustimmung Bürgerlicher, sich gegen die längere Arbeitszeit ausgesprochen, solange noch das Arbeitslosenheer die Straßen bevölkert. Entgegen anderslautenden Berichten stellen wir fest, daß die Arbeitslosenziffer nicht gefallen ist. Ausgesteuerte Arbeitslose sind sich selbst überlassen oder fallen der Armenkasse zur Last. Der willkürliche Beschluß des Magistrats zeigt wieder einmal, daß es mit der vielgepriesenen Demokratie in deutschen Landen nicht weit her ist. Die Arbeiterschaft mag sich bei der USPD. bedanken, die diese Zustände mit geschaffen hat. Bei den kommenden Gemeindewahlen wird der USPD. die treffende Antwort zuteil werden.

Merseburg. Dem nächsten Kreistag liegt eine 26 Punkte umfassende Tagesordnung zur Erledigung vor. Den größten Raum in den Beratungen nimmt der Haushaltsplan für das Jahr 1924 ein. Ferner kommt der Vorlage über die Maßnahmen zur Förderung des Kleinwohnungsbaues 1924 große Bedeutung zu. Es sind dann u. a. zu beraten: eine Verwaltungsgebührenordnung, eine Hundesteuerordnung, Erhebung von vier Prozent Zuschlägen zur Grundermerbsteuer, Gemeinschaftsvertrag der an der Mübag beteiligten Kommunalverbände. Für die Ueberlandbahn Ammendorf-Scheuditz werden 1,2 Millionen Mark gefordert. Die Linie soll in Ammendorf von der Straßenbahnlinie Merseburg-Halle abzweigen und in Scheuditz bis zur Endstelle der Leipziger Außenbahn in unmittelbarer Nähe des Reihauses durchgeführt werden. Die Gesamtstreckenlänge beträgt etwa 18,5 Kilometer. Soweit nicht Ortschaften zu durchqueren sind, soll die Bahn neben der Chaussee auf eigenem Bahnkörper hergestellt werden. Die Stromversorgung soll etwa bis zur Hälfte der Strecke vom Ammendorfer Kraftwerk der Mübag und zur anderen Hälfte nach Scheuditz von den Landkraftwerken Kulkwitz erfolgen.

Schotteren b. Laucha-Stadt. „Kameradschaft" wird fortgesetzt in den bürgerlichen Vereinen hervorgehoben. Wie es in Wirklichkeit aussieht, beweist die Gründung eines neuen Krieger-Gesangvereins „Vaterland". Es ist ziemlich lächerlich, wenn in einem so kleinen Dorfe zwei ein und dasselbe Ziel verfolgende Vereine vorhanden sind. Und die Ursache zu der Neugründung? Wir wollen es den Arbeitern gleich sagen, die dort ihre sauerverdienten Groschen hintragen. Es geht doch nicht, daß etwa ein Arbeiter zum Herrn Gutsbesitzer „Kamerad" sagt oder gar mit ihm „Brüderschaft" schließt, denn dies wäre doch Beleidigung und Herabsetzung dieser „Herrchen". Arbeiter, begreift endlich, daß ihr nur der Spielball sein sollt. Wir rufen Euch deshalb zu: „Heraus aus den bürgerlichen Vereinen, es gibt auch Arbeiter-Vereine, wo Ihr Euch besser unterhalten könnt, als in diesen „Hurra"-Vereinen, die nur für einen neuen Krieg agitieren, der nur neues Elend und neue Not bringt."

Dürrenberg. Achtung, Parteifunktionäre! Mittwoch, den 2. April, außerordentliche Funktionärsitzung. Vollzähliges Erscheinen ist notwendig. Die Kandidaten für die Gemeindewahlen von Ostrau-Lennewitz-Porbitz-Keuschberg und Baldiß haben ebenfalls zu erscheinen.

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Arbeiter-Samariter-Kolonne. Der Arbeiterschaft zur Mitteilung, daß es der Kolonne gelungen ist, einen lange gehegten Wunsch, für die Allgemeinheit eine fahrbare Trage anzuschaffen, erfüllt zu sehen. Die Arbeiter-Samariter-Kolonne stellt diese der Einwohnerschaft unentgeltlich zur Verfügung. Meldestellen sind: Ernst Grunert, Klingenplatz; Paul Schatz, An den Stufen 1; Max Eger, Merseburger Straße 5; Max Jäckler, Müllnerstraße 12; Gustav Gerasch, Lutherstraße 20; Hermann Reiher, Naumburger Straße 2; Artur Enke, Zeitzerstraße 66; Willy Heiche, Selauer Straße 13; Wilhelm Brückmann, Prommenadengasse 2. Telephonisch kann die Kolonne durch folgende Nummern erreicht werden: Konsum-Verein 800 und 801; Paul Schatz, Elektr. Werk. 186 und 187. Bei plötzlichen Unglücksfällen und Transporten nach dem Krankenhaus empfehlen wir, von der Einrichtung Gebrauch zu machen; gleichfalls stehen an genannten Adressen Verbandskästen zur ersten Hilfe bereit. Alle ausgebildeten Samariter werden ersucht, sich der Kolonne anzuschließen. Am 2. April wird mit einem neuen Kursus begonnen. Dieser findet in der Oberrealschule, eine Treppe, statt.

Freyburg (Unstrut). Eine Abfuhr der Deutschvölkischen. Freitag abend hatten die deutschvölkischen „Freiheitsbeglücker" eine öffentliche Versammlung einberufen. Ein Prokurist Kemper sprach über das Thema: „Was wollen die Deutschvölkischen." Der Referent, Type Sommerleutnant, vergoß fast Tränen über die „gute alte Zeit". Er machte in der Geschichte der Hohenzollern, Königin Luise usw. Wer lacht da? Unser Genosse Schuster (Almrich), der zufällig anwesend war, nahm sich den „Referenten" vor und stäupte denselben, daß er wohl vorläufig genug hat. In ihrer ohnmächtigen Wut heulten die Stahlhelmer auf ob der Wahrheiten, die ihnen Genosse Schuster sagte. In 1½stündiger Rede zerpflückte er unbarmherzig die Lügen und hohlen Phrasen der deutschnationalen Gimpelfänger. Er beendete seine Ausführungen mit der Aufforderung, den Feinden der Arbeiterklasse am Wahltage die richtige Antwort zu geben und die Stimmen dem Kandidaten der KPD. zu geben. Als zweiter Diskussionsredner trat der KPD.-Genosse Hahn auf. Hahn gab in einstündiger Rede den deutschvölkischen Demagogen den letzten Rest. Im Schlußworte, das gerade fünf Minuten dauerte, kochte die „teutsche" Seele vor Wut ob der Niederlage. Um diese zu verdecken, kreischten Stahlhelm und Wehrwölfe in hysterischer Weise ihr Hitlerlied, während das Prole-

Rüstet zum Bezirksjugendtag

der am 20. April in Weißenfels und Eilenburg stattfindet

Zum **Schulanfang** und zur **Konfirmation** bringen wir unser seit Jahrzehnten bestens bekanntes Atelier in empfehlende Erinnerung!

Bis 6. April incl. geben wir bei Bestellung von 1 Dutzend Kabinett von **10 Mk. an 1 Vergrößerung** 30×40 Zentimeter Bildgröße, fertig retuschiert, **gratis!**

12 Visites . . . von 5,00 an
12 Postkarten . . von 7,00 an
3 Paßbilder 5×7 cm . . 2,00
6 Paßbilder 5×7 cm . . 2,75

Unsere Firma bürgt für sachgemäße, beste und billigste Ausführung!

Samson & Co., G. m. b. H.
Poststraße 9/10 — Fernruf 1025
1109

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240331-15/fragment/page=0006

tarierschlen machtvoll die Internationale erklang. Die Versammlung kann als voller Erfolg der KPD. gebucht werden.

Langa. Einen gründlichen Reinfall erlitt Herr Wielepp aus Halle, der hier in einer VSPD.-Wahlversammlung sprach. Während seiner monotonen Ausführungen schliefen fast die meisten Zuhörer ein. Es wurde erst etwas lebendig, als er eine „donnernde" Philippika gegen die KPD. hielt. Als der Versammlung der Schnarren zu lange dauerte, wurde der „Referent" durch stürmische Schlußrufe am Weiterreden verhindert. In der Diskussion rechnete Gen. Kirsten mit dem Redner und der VSPD. gründlich ab. Ehe der Referent zum Schlußwort kam, verließ der größte Teil der Arbeiter die Versammlung. Die Versammlung war ein Reinfall der VSPD.

Zeitz. Der sächsische Innenminister a. D. Liebmann in Zeitz. Die „links"radikalen Sozialdemokraten von Zeitz haben natürlich das Bedürfnis, auch in diesem Wahlkampf möglichst revolutionär zu erscheinen. Sie, die sich bei jeder Gelegenheit rühmen, auf dem linkesten Flügel der VSPD. zu stehen, hatten sich für ihre erste Wahlversammlung den „linken" Sozialdemokraten Liebmann aus Leipzig herangeholt. Liebmanns Wahlrede war eine typisch-sozialdemokratische ohne jede Rhetorik, trocken, als wenn er im Ministerium des Innern seinen Ressortvertretern Verhaltungsmaßregeln erteilte. Mancher sozialdemokratische Arbeiter, der zwar von Liebmann schon viel gehört, aber ihn weder gesehen, noch persönlich gehört hatte, war sichtlich enttäuscht. Liebmanns Rede war ein einziger Rechtfertigungsversuch der sozialdemokratischen Illusionspolitik, die getrieben wurde seit 1914. Es ist doch merkwürdig, daß sich die Radikalen Ausepter bereitfinden, dieselbe sozialdemokratische Politik, die Liebmann und Genossen mit den schärfsten Mitteln ehedem bekämpft haben, mit allen Mitteln zu verteidigen. Liebmann behauptete, daß das Bürgertum es verstanden habe, seinen Willen durchzudrücken und seine Machtpositionen zu verstärken. Liebmann wagte aber nicht zu sagen, warum es möglich war, daß das verlotterte Bürgertum in die Lage versetzt wurde, seine Machtpositionen wieder zu beziehen. Die Frage beantwortete in der Diskussion der Genosse Menzel, welle An Hand überreichlichen Materials wies er nach, daß die Politik der Sozialdemokratie sich wie ein roter Faden durch die Verelendungsperiode der deutschen Proletarier zieht. Das Bürgertum, das in der Sozialdemokratie einen so vortrefflichen Partner fand, der bereit war, alle Verbrechen und Schandtaten, die am Proletariat verübt wurden, mit auf seine Kappe zu nehmen, konnte natürlich, gestützt auf diesen Partner nach dem jämmerlichen Zusammenbruch 1918, darang"n, die Kriegsschuldenfrage und das Reparationsproblem auf die Schultern der arbeitenden Klasse abzuwälzen. Leider war er infolge der „demokratischen" Regel, die in sozialdemokratischen Versammlungen stets angewandt wird, dem Genossen Menzel nicht möglich, ausführlich bis zum heutigen Tage die sozialdemokratische Politik anzuprangern. In halbstündiger Redezeit, die zwar „loyaler"weise um fünf Minuten verlängert wurde, konnte Genosse Menzel nur stichwortweise die Versager der sozialdemokratischen Politik brandmarken. Wie gewöhnlich mußte dann Bergholz, der Kommunistenfresser, vor die Rampe treten, um zu retten, was zu retten war. Noch ihm sprach ein USPD.-Genosse, der besonders die Gewerkschaftspolitik der VSPD. anprangerte und im Schluß für seine Partei die Reklametrommel rührte. Lenzner, Bergholz' Gehilfe, sprang dann seinem Meister bei. Er schnitt noch tüchtiger ab, als Bergholz. Aber es war ja das „demokratische Prinzip", was von dem Versammlungsschieber Dietrich gehandhabt wurde, denn dieser hatte, nachdem ein Arbeiter zugunsten Menzels auf seine Redezeit verzichtet hatte, versprochen, daß Menzel noch einmal zum Reden kommen sollte. Das mußte natürlich verhindert werden, um nicht die lügenhaften Anwürfe, für die Bergholz absolut nicht die geringsten Beweise aufbringen konnte, widerlegen zu lassen. Kurz vor ¾12 Uhr erklärte Dietrich unter Berufung auf die Polizeistunde, daß der Referent zum Schlußwort kommen müßte. Offenbar hatten die Versammlungsschieber mit der Naivität ihrer Nachbeter gerechnet und nicht in Betracht gezogen, daß der größte Teil der anwesenden Arbeiter dieses Spiel durchschaut hatten. Ganz spontan erhob sich ein großer Teil der Versammlungsbesucher, die Internationale singend, und verließ den Saal. Unter Hoohrufen auf die Kommunistische Partei mußten die „Sachwalter der Demokratie" nachschauen, wie der größte Teil der Versammlungsbesucher unter Protest von dannen zog. Die VSPD. hat in Zeitz eine neue Schlappe erlitten und auch Liebmann, der Innenminister a. D., vermochte nicht die Situation zu retten. Obwohl die Zeitzer Sozialdemokraten bereit sind, die gemeinsten Mittel, die unflätigsten Denunziationen anzuwenden, um Arbeiter zu mißkreditieren, wird ihnen doch nichts übrig bleiben, als stillschweigend die Segel zu streichen an dem Tage, an dem es gilt, Abrechnung zu halten mit der Unglücksvolitik der deutschen Sozialdemokratie. Das soll am 4. Mai geschehen, und darum wird jeder Arbeiter seine Stimme der KPD. geben.

Zeitz. Ein gräßlicher Unglücksfall ereignete sich auf einer elektrischen Rolle in der Oberstadt. Ein neunjähriges Mädchen war in Abwesenheit ihrer Eltern mit einer Bekannten auf die Rolle gegangen. Beim Spielen wurde das unglückliche Kind von der Rolle erfaßt, wobei ihm der Kopf buchstäblich zerdrückt wurde.

Mansfeld-Sangerhausen

Eisleben. Gegen die Verlängerung der Arbeitszeit für Jugendliche. Der Ortsausschuß für Jugendpflege in Eisleben hat folgende Entschließung angenommen: Auf Grund vielfacher Beschwerden über eine ungebührliche Verlängerung der Arbeitszeit für die Jugendlichen sieht es der Ortsausschuß für Jugendpflege als seine ernste Pflicht an, die gesamte Oeffentlichkeit, insbesondere die maßgebenden Stellen auf die verderblichen Wirkungen aufmerksam zu machen, die eine die jugendlichen Kräfte übermäßig belastende und den jugendlichen Geist abtumpfende Arbeitszeit mit sich bringen muß. In der Ueberzeugung, daß die Not unserer Zeit im Grunde nur gemeistert werden kann von einem neuen, jungen Geschlecht, das stark und gesund ist an Leib und Seele, erbeut der Ortsausschuß für Jugendpflege mit allem Nachdruck Widerspruch gegen eine schematische Uebertragung der Arbeitszeitverlängerung auf die Jugendlichen und stellt, erfüllt von größter Sorge für das Werden und Wachsen unserer Jugend, die Forderungen auf: Beriperrt durch ungebührliche Arbeitszeit unserer Jugend nicht den Weg zu ihrer Bestimmung! Gebt unserer Jugend die Möglichkeit, an sich selbst arbeiten und sich zu einem starken und gesunden Geschlecht entwickeln zu können! Stellt unserer Jugend das nötige Maß an freier Zeit, die sie unbedingt braucht zu körperlicher Ertüchtigung und zu geberblicher, geistiger Entwicklung! Alle diejenigen, die ein warmes Herz für unsere Jugend haben und deren Zukunftsbedeutung im Rahmen unseres deutschen Volkes erkennen, ruft der Ortsausschuß für Jugendpflege zu lebendiger und tätiger Mitarbeit auf, damit obige Forderungen nicht nur Forderungen bleiben, sondern segensvolle Wirklichkeit werden.

Volksted. Landarbeiterund -arbeiterinnen! Mittwoch und Donnerstag findet auf dem Gute die Betriebsratswahl statt. Bekanntlich haben die „Volksbeglücker" vom Schlage Koßlit, Exner eine eigene Stahlhelmliste eingereicht. Gebt ihnen die richtige Antwort. **Alles wählt die Liste der freien Gewerkschaften mit dem Spitzenkandidaten Reinhold Burghardt!**

Volksted. Der Werbeabend des Arbeiter-Turnvereins zur Jugendpflege nahm einen gelungenen Verlauf. Die Vorführungen der Turner und Turnerinnen waren sehr gute Leistungen. Zwei Aufführungen: „Musterriege" und „Turner und Schmiegersohn" vervollständigten das Programm. Arbeiter, Ihr habt gesehen, daß im Arbeiter-Turnverein Gutes geleistet wird. Hinein in die proletarischen Sportvereine, stärkt das Gegengewicht gegen die faszistischen Banden.

Volksted. „Klassenkampf" und Sowjetsern sind Faktoren, die auf den Reaktionär wie das rote Tuch auf den Stier wirken und darum muß beiden der schärfste Kampf angesagt werden. Wenn alles in die Kerbe haut, dann dürfen wir selbstverständlich nicht zurückstehen, dachte unsere Gutsverwaltung. Also Welesichetsversammlung. Tagesordnung: Kampf gegen Kommunisten und „Klassenkampf". Referent: der Inspektor. „Ich habe hier eine Zeitung, den „Klassenkampf". Dieses Heiblatt bringt einen Artikel „Stahlhelmübung auf dem Mist". (Gelächter bei den Kommunisten. Bravo, beim Stahlhelm.) Es ist eine Schande, wenn man schreibt: der Stahlhelm übt auf dem Mist! Ich habe Ochsen genug zum Mittstertrampeln, da brauch sich meine Leibgarde nicht noch darauf herumzuziehlen. (Gelächter bei den Kommunisten.) Ich muß jetzt, wenn das nicht aufhört, einen großen Unterschied bei meinen Arbeitern machen. (Bravo beim Stahlhelm.) Wer den „Klassenkampf" liest, bekommt die „Eisleber Tante" nicht mehr gratis geliefert.) Hört, hört, bei den Kommunisten.) Wer den Sowjetsiern trägt, wird fristlos entlassen. (Rauf! bei den Kommunisten.) Ich habe bis jetzt noch keinen Unterschied gemacht, wenn ich auch selbst verpflichtet bin, für den Stahlhelm und Jungdo zu agitieren. (Zuruf der Kommunisten: Freibier für die Landwehr!) Ja, auch für den Landwehrverein agitiere ich und ich sähe am liebsten, Ihr tretet alle den vaterländischen Verbänden bei. (Großes Gelächter.) Rumpf ist nicht Führer der Mißgarde. (Zuruf: Aber Gutsspitzel.) Das ist unerhört, ich brauche keine Spitzel, das macht alles der Stahlhelm. (Bei den Kommunisten: Hört, hört!) Auch der letzte Satz ist eine Lüge. Der Posten als Chauffeur und Oberfahnenschmied bei der Mißgarde ist schon besetzt. (Großes Gelächter.) Also, wer den „Klassenkampf" nicht mehr liest, erhält eine Extravergütung an Deputat. (Bravo beim Stahlhelm.) Ich hoffe, daß nun die Kommunisten aus meinem Betrieb verschwinden, dann werden wir auch bis zu den Waisen alles geben; wie es nach den Waisen kommt, werdet Ihr schon sehen. (Großes Geschrei bei den Kommunisten.) Eine Diskussion gibt es nicht, sonst vergessen meine Arbeiter das, was ich gesagt habe. Schluß! Noch eins: Wer sich bei den christlichen Verband melden will, kann bas in der Schmiede tun. Alles an die Arbeit!" Arbeiter, die beste Antwort darauf ist: Alles liest den „Klassenkampf"! Organisiert Euch auch in der KPD.

Hettstedt. Auf, zur Protestversammlung! Morgen, Dienstag, abend findet im „Hohenzollernhof" eine öffentliche Protestversammlung statt wegen der Vorgänge bei der gestrigen Märzgefallenen-Feier. Die gesamte Arbeiterschaft muß dazu erscheinen. — Die Arbeiterschaft ehrte gestern ihre Märzgefallenen durch Kranzniederlegung im Friedhof. Beim Verlassen des Friedhofs stürzte sich die Schupo wie bessesen auf die mitgeführte zusammengerollte Fahne und nahm sie weg. Gegen diese Schandtat wird morgen öffentlich protestiert.

Aisleben. Gegen die Pflichtarbeit! Die hiesigen Erwerbslosen werden bei der Pflichtarbeit u. a. zu Straßenbauten verwendet, wofür sie nur ihre karge Unterstützung und die üblichen Prozente erhalten. Die Steinsetzerarbeiten werden zu Tarifsätzen entlohnt. Der sozialdemokratische Bürgermeister Fiebig hat es gut verstanden, die Erwerbslosen zu düpieren. Man sagt ihnen bei der Arbeitsverteilung nicht, daß die paar Prozente auf die Grundunterstützung gezahlt werden. Der Bürgermeister erklärte den Erwerbslosen, sie sollten die Arbeit nur aufnehmen, er wolle bei kommenden Stadtverordnetersitzung für sie noch eine Prämie herausholen. Dann legte man ihnen einen Revers vor, zur Unterschrift, auf dem sie sich verpflichten mußten, die Arbeiten auszuführen. Leider haben 40 Genossen unterschrieben. Dann gibt es Erwerbslose, die in Aschersleben Pflichtarbeit machen müssen und dabei unter Polizeiaufsicht stehen. Arbeitslose, wie lange wollt Ihr Euch das noch gefallen lassen? Nieder mit der Pflichtarbeit! Fordert für geleistete Arbeit Tariflöhne!

Artern. Oeffentliche Versammlung. Am 28. März fand im „Gotthehause" die erste öffentliche Volksversammlung der KPD. statt. In 1½stündigem Referat zeigte der Genosse Weise (Halle) die Aufgaben auf, die von der Arbeiterschaft zu erfüllen sind. Er erörterte die äußere wie innenpolitische Lage und geißelte die arbeiterfeindliche Politik der Sozialdemokratie und der Koalitionsparteien. Seine Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Eine Diskussion fand nicht statt. Zum Schluß forderte der Versammlungsleiter die Arbeiter auf, die bürgerlichen Zeitungen aus ihren Wohnungen zu werfen und dafür den „Klassenkampf", die einzige Kampfzeitung des Proletariats, zu bestellen. So wurde die erste öffentliche Versammlung zu einem Erfolg für die Partei.

Wittenberg-Schweinitz

Wittenberg. Parteiversammlung Dienstag, den 1. April, abends 7½ Uhr, Mitgliederversammlung der KPD. Alle Mitglieder haben zu erscheinen.

Torgau-Liebenwerda

Torgau. Die Erwerbslosen verweigern die Pflichtarbeit! Die Erwerbslosen nahmen in einer starbesuchten Versammlung Stellung zu dem Diktat des Magistrats Torgau, der die Pflichtarbeit von 8 auf 16 Stunden erhöhen will. Kollege Lüx erläuterte die Fragen, die mit der Pflichtarbeit zusammenhängen. Die Diskussion bewegte sich im Rahmen der Ablehnung des Diktats des Magistrats. Der Arbeitslose, der mit der sittlichen Unterstützung nicht weiß, wie er seinen hungernden Magen stillen soll, ist nicht in der Lage, noch weitere Pflichtarbeit zu leisten. Weiter wurde das Verhalten der hiesigen Industrie gegeißelt, daß sie Leute vom Lande einstellen, die sich von ihrem Besitz ernähren können. Vor allen Dingen die Firma Gebr. Stoll, die an den Maschinen Frauen anlernt, um dann jene aus dem Betrieb zu entfernen, die vor dem Unternehmer nicht katzbuckeln. Es wurde folgende Resolution angenommen: „Die heute, am 25. März 1924, in der städtischen Turnhalle stattgefundene Versammlung der Erwerbslosen hat folgenden Beschluß als Resolution angenommen: Der Erwerbslosenrat der Stadt Torgau ist beauftragt, beim hiesigen Magistrat dahingehend vorstellig zu werden, daß die zweistündige Pflichtarbeit unter den heutigen elenden Verhältnissen unter allen Umständen abzulehnen ist. Der Magistrat wird sich der Tatsache nicht verschließen können, daß bei der heutigen elenden Ernährungs- und Bekleidungsfrage kein Erwerbsloser in der Lage ist, länger als acht Stunden Pflichtarbeit zu leisten. Mit der jetzigen Erwerbslosenunterstützung kann kein Mensch an Neuanschaffungen von Bekleidungsstücken denken, die doch gerade bei der Pflichtarbeit sehr mitgenommen werden. Sollte der Magistrat trotzdem auf seinem Vorhaben beharren, haben die Erwerbslosen beschlossen, zum letzten Mittel, Verweigerung der Pflichtarbeit, zu greifen. Die Folgen, die unübersehbares Elend über die Erwerbslosen bringen, sind dann dem Magistrat als Alleinschuldigen zuzuschreiben." Dieser Beschluß wurde einstimmig gefaßt. Es liegt nun an Euch, Kollegen, einmütig und geschlossen die Pflichtarbeit zu verweigern. Auf, Kollegen, schließt die Reihen! — Der Herr Landrat hat dem Herrn v. Bake (Kreischau) die Erlaubnis erteilt, 28 Polen zur Landwirtschaft einzustellen; dieselben sind auch bereits eingetroffen. Wir fragen an, ob diese Maßnahme zur Behebung der Arbeitslosigkeit dient? Wie kommt der Herr Landrat dazu, solange es Arbeitslose gibt, die Einwanderung von Ausländern zu fordern? Die Erwerbslosen sprechen dem hiesigen Landrat jedes sozialen Empfinden ab. Arbeiter, an diesem Beispiel seht Ihr, wie mit Euch Schindluder getrieben wird.

Torgau. Das neueste Verbot. Das Verteilen von Flugblättern für die Betriebsrätewahl ist von der Torgauer Polizeibehörde verboten worden. Grund: Weil die Ueberschrift lautet: „Bei der Betriebsrätewahl geht es um die Organisierung der proletarischen Kampffront!" Die Kollegen werden wissen, wen sie in den Betrieben ihre Stimmen zu geben haben, ohne von der Polizei belästigt zu werden; für sie kommen nur die Listen der oppositionellen Gewerkschafter in Frage. Darum, laßt Euch durch Polizeischikanen nicht behindern; wählt Kollegen, die für die Kampffront aller Arbeitenden eintreten.

Torgau. Leichenfund. Dieser Tage wurde der Gleisarbeiter Alfred Müller aus Dresden aus dem Hochwasser der Elbe aufgefischt. Der Tote hatte eine schwere Kopfverletzung. Ob Mord oder Unglücksfall vorliegt, ist noch nicht festgestellt.

Merzdorf. Folgen des Belagerungszustandes. Am 27. Januar dieses Jahres erhielten die Genossen Dietze, Aschner, Heyde und Schone je einen Strafbefehl in Höhe von 220 Gold-

Das Metall der Toten

23] Von Concha Espina

XI

Das Metall der Toten

Diese Felsen von kristallinischem Schiefer, die so alt wie die Welt sind, brannten vielleicht ursprünglich in den einst glühenden Ozeanen und haben dann den steinigen Frost der Eiszeit ertragen. Vielleicht haben sie gar seit Entstehung der Erdschichten durch eine Bewegung der Moleküle von unendlicher Langsamkeit ihren Sand sich entgleiten gefühlt und so die Eingeweide der Berge mit metallischen Rückständen angefüllt, die sich in von Erzgängen durchzogenes Gestein zusammenfügten, das während Tausenden von Jahrhunderten der Senkung und Sublimierung unterworfen war. Dann verschlossen sie in den unterirdischen Schreinen der Metalladern ihren köstlichen Besitz an Eisen und Schwefel, an Gold, Kupfer, Silber und Zink zusammen mit anderen großen Reichtümern, wie Porphyr, Marmor, Alabaster und allerlei Kleinodien von Kristallen, die durch ein seltsames Ueberquellen in Form von Lavaströmen ans Licht gebracht wurden. Durch ihre Blutgefäße strömten die geheimnisvollen Gluten des Vitriols, in ihrem unerhörten Mark pulserte das wirre Kreißen graufiger Abgründe. In stummem Aufruhr wanderten sie in ungeheuer langer Linie von Osten nach Westen, tausend Meter oberhalb des Meeres, über einem Lande von köstlicher Schönheit, während Luft und Sonne ihren stolzen Rücken mit einer Tunika aus Wäldern und Büchen bekleideten.

So erwuchsen diese Gebirge in Jugend und Reinheit denen des Merkur gleich, des Planeten, deren Erzadern nun nicht in Blut und Staub ausbeutet, — genossen ihre Lebensrechte und legten für das Dasein Gottes Zeugnis ab.

Aber der Menschheit, die auf jenem Blatt der Weltgeschichte wandelte, begann der Reiz des steinernen Blühens in die Augen zu stechen und in ihren Herzen die Habsucht zu erwecken. Das erste, rauhe Stammeln der Industrie trieb Beile, Hammer und Meißel in das Rückgrat des schlafenden Berges. Der Troglodyte schmückte seine Hütte mit Amuletten aus Jaspis und dem Strahlstein des Landstriches. Das Werkzeug der Urzeit fängt an, die Berge seinen Stich fühlen zu lassen, sie mit leichten Gräben zu durchziehen wie eine Wabe . . .

Es rannen die Jahrhunderte, und an der nahen Küste landete ein Schiff aus Samos, vom Winde getrieben". Seine Bemannung, die mit den Bergspaniern Freundschaft hielt, tauschte Balsam, Purpur und Gummi gegen Gold, Silber und graues Kupfer, und aus jenem Begehnis ward Tartessos geboren, in der Verborgenheit der westlichen Halbinsel des spanischen Tharsis, das in der Bibel als das gelobte Land gerühmt wird.

Schon seufzte der Schiefer in großen Schmerzen unter dem Wucher der Phönizier, während die Schiffe des Königs von Iran im Verein mit Salomos Flotten ihre Habgier am Schatze des Landes sättigten. Die groben Instrumente der Steinzeit blieben unter dem Schutz anderer wirksamerer Ausbeutungsmethoden begraben; der fruchtbare Schoß des Kristalls könnte dem Jupiter, dem göttlichen Schiedsrichter, der den Palast der Venus mit Kupfergestirnen zierte, nicht zur friedlichen Wohnung dienen. Aber er behagte Pluto, dem Gott der Unterwelt, dem Bewohner der ewigen Erdrinde, dem kühllosen Herrscher der Toten.

Zum Wunder der Welt wurde der große Tempel der Juden dank dem Glanze des Messings, des „Kupfers der Berge"; Tyrus und Sidon wuchsen durch die Ausgrabungen der Asiaten im „Lande der Geheimnisse"; und schon waren die Tartesier nicht mehr damit einverstanden, ihre Bergwerke gegen gereimte Gesetze, geschriebene Gedichte, Alphabete und Wohlgerüche zu vertauschen.

Alle Leidenschaften, die der Habsucht Kraft verleihen, begannen auf den vom Palaste des weisen Königs beherrschten Höhen ihr Gebrüll zu erheben; von dem Hügel an, der noch immer seinen Namen trägt. Von der Beute angelockt, eilten die Römer und Karthager herbei, die mit erwachender Grausamkeit angesichts des Staubes, der sich in Münzen verwandelte, einander die Herstellung der roten, Blumenkelchen gleichenden Scheiben streitig machten.

Weder mit den tiefen, trächtigen Erzadern, noch mit den armseligen traurigen Menschen hatten sie Erbarmen;

Rom, die Kaiserin, blieb Herrin der Gipfel und unterjochte sie unter dem Bogen des Todes. Mehr als zwanzigtausend Sklaven wurden in der abstoßenden Finsternis der Stollen und unterirdischen Brunnen begraben. Sie maßen die endlose Zeit ihrer Arbeit am Brennen der Kerzen, wanden sich wie Raitern durch die langgestreckten Gänge und beluden ihre Schultern mit dem Gestein, um die düstere Erde von Hand zu Hand weiterzugeben, wie es die Griechen bei den olympischen Spielen mit den schimmernden Fackeln taten, so, daß nur der letzte all dieser Männer das Licht der Sonne sah.

Als der in Scham sich rötende Schoß der Berge erbarmungslos vergewaltigt wurde, blieb der nackte Schrecken in der Tiefe des Schlundes, denn die Allmacht des Felsens empörte sich gegen die tragische Gewalt und verteidigte ihren Leib, indem sie die bleichen Dämpfe, die giftigen Säuren, die wilden Schreie der Bergstürze entfesselte und mobilisierte, als hätten auch die Steine vernünftiges Gefühl und eine Art menschlicher Willensäußerung.

Es tauchen aus dem Glanz Bergleute, die vom unterirdischen Feuer glühen, schmerzensreich und todgeweiht. Indessen wachsen die Schlackenhaufen zu ungeheuren Säulen an, prasseln Freudenfeuer, heulen Schachtwinde, und die mit unerhörter Kühnheit fortgeschrittene Kunst des Bergbaues mischt in den Kasserollen von Sagunt und den Krügen Italiens Zeugnisse einer neuen Zivilisation: Kettenglieder, Metallringe und Bolzen für Fußeisen. Die schändliche Geschichte der Sklaverei wird schwärzer und schwärzer durch den Durst nach Golde. Man müßte um den Preis unschuldiger Menschenleben Medaillen prägen, die kalt waren wie Eis, die die bleiche Farbe des Neides hatten und das stolze Profil von Kaisern und Königen trugen.

Jahrhunderten tätigen Gewerbefleißes gelang es, Gipfel und Hänge abzuschinden, Risse zu schneiden, in Tälern und Höhen ungeheure Vertiefungen auszuarbeiten, die Minenwege mit Leichen zu verstopfen und in schauerlicher Schwärze die ganze Vegetation zu ersticken.

Und lange, lange Zeit dauert es, bis der Schmerz aus der Tiefe der durchwühlten Erde aufsteigt und seine Trauer über die Landschaft verbreitet, von der Rodrigo Caro im siebzehnten Jahrhundert sagt:

Kaum kann man eine Meile gehen, ohne auf Schlacken und Kohle zu treten, in diesem und jenem Teile das Gebirge untergraben, die Fessen in Brand gesteckt, entwurzelt und in die Täler gestürzt zu sehen, große Hügel gespalten und andere vom Zerfall bedrohet. Nicht leugnen kann ich die Bewegung, so dieses entsetzliche Schauspiel mir verursachte, noch eine aufrichtige Bewunderung, weil es mir ein Erbarmen und neinen Augen ein Neues war. Denn wer sollte nicht Bewunderung verspüren, so er sieht, daß Verwegenheit des Menschen soviel wage, und daß der Hunger nach Golde zäher ist, denn die Härte der Felsen? Es wollte mir scheinen, daß ich die Pflicht des Mißsgiergieren nicht erfülle, so ich nicht in die Höhlen jener Hügel hinabstiege, wo sie Gold und Silber rauben und der Erde Eingeweide durchforschen, und ich wagte jene finsteren Labyrinthe ein wenig zu durchwandeln, wo die habsüchtigen Alten ihre kostbaren Gefahren gesucht hatten, so von denen bewundert wurden, die vom Lichte der Sonne flohen und also blindlings das Geh des Metalls begehrten, daß sie in seinem tiefen Abgrunde den Gott Pluto aufspürteten, den sie zugleich verfolgten und verehrten. Nicht wagte ich, den Fuß weiterzusetzen, als da meine Augen mir dieneten; mehr stets durchdrang jene Schatten das Bedenken, daß es werde geahndet werden.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240331-15/fragment/page=0007

mark, wogegen aber sofort Einspruch erhoben wurde. Es wurde den Genossen zur Last gelegt, gegen die Verordnungen des Wehrkreis IV Dresden vergangen zu haben. Am 27. März standen nunmehr die Genossen in einer Hauptverhandlung vor dem Amtsgericht in Elsterwerda. Als Zeuge erschien der wohlbekannte Oberlandjäger Zinßow aus Gröden, der sich freute, einen „guten Fang" gemacht zu haben, trotzdem er bei Genossen Dietze nichts, bei Genossen Hende und Schöne nichts belastendes, dafür aber bei Genossen Uschner Flugblätter und Plakate gefunden hat. In der Verhandlung ergab sich kein richtiges Bild, da die Genossen damals noch nicht genug orientiert von den Verordnungen in Sachsen waren. Genosse Schöne und Hende mußten, da sie absolut nicht belastet werden konnten, freigesprochen werden. Dagegen beantragte der Staatsanwalt gegen den Genossen Dietze 100 Mark und gegen Uschner 30 Mk. Strafe. Rechtsanwalt Dr. Loewenthal beantragte für alle Genossen Freispruch. Der Genosse Uschner wurde zu 15 Goldmark und der Genosse Dietze zu 50 Goldmark verurteilt. — Die Strafmaßnahmen sind auf Denunziation zurückzuführen.

Mühlberg. Eine Wahlmache gegen die Kommunisten. Die Stadträte hatten sich wieder einmal versammelt. Den Vorschlägen der Besitzer zum Wahlvorstand und Wahlausschuß wurde zugestimmt. Dann kamen drei Punkte, und zwar Ueberlassung von Baugelände an die Siedlungsgenossenschaft. Bewilligung von Baudarlehen und Aufnahme einer Kommunalanleihe für die Siedlungsgenossenschaft. Das sollte folgendermaßen geschehen: Die Häuser sollen auf Boden kommen, der der Kirche gehört; dafür soll die Stadt anderes Gelände, und zwar besseres, der Kirche geben. Dann sollte die Stadt 15 000 bis 20 000 Mark von der Kleinbahn-Akt.-Ges. zu 6 Prozent Zinsen erhalten und dieses wollte die Stadt wiederum an die Siedlungsgenossenschaft vertrumpen. Dagegen lief unsere Fraktion Sturm und verlangte, daß die Stadt für das geprumpte Geld die Wohnungen selbst baut. Das dachte die Bürgerlichen aus dem Häuschen, sie wollten das Geld der Siedlungsgenossenschaft geben, die die Arbeiten in Submission vergibt, um den profitsüchtigen Unternehmern den Rachen zu füllen. Die Erwerbslosen hätten dadurch nicht ein Stückchen Arbeit erhalten, denn die hiesigen Unternehmer haben ihre Schäflein, die für Zuckerbrot und Peitsche arbeiten. Kurzum, unsere Fraktion bestand darauf, daß die Stadt für das Geld selbst Wohnungen baut, und zwar in eigener Regie. Die Bürgerlichen stemmten sich mit Händen und Füßen dagegen, aber es nützte nichts. Der „Teufel" wurde mit 8 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Die Spießbürger sind darüber ganz erbost und lassen nun im „Elbdächen" einen Schwindel los, wobei vorheimlicht wird, daß das Geld für die Stadt gerumpt worden ist. Als Genosse Müller an die „christliche Nächstenliebe der Kirche" appellierte, das Land freiwillig herzugeben, antworteten die Spießbürger: Niemals! Von dem Antrag des Genossen Weiße, die Bauten in eigener Regie zu übernehmen, hatten die Spießbürger keine blasse Ahnung, nur der Bürgermeister Kronsbein sagte: „Sie werde ich die Hand dazu hergeben." Nun Herr Bürgermeister, wenn Sie eben die Beschlüsse der Stadtverordneten nicht durchführen wollen, dann müssen Sie verschwinden! Aber warum die Schimpereien auf die kommunistische Fraktion? Sie hat doch nur den „Teufel" des Baugeländes abgelehnt. Die Gelder hat sie nicht zurückverwiesen, und zwar, weil sie dazu gar nicht kam. Der Bürgermeister hat ja selbst die Anträge über Bewilligung von Baugeldern und Kommunalanleihe zurückgezogen. Das „Elbdächen" schreibt selbst: „Die beiden folgenden Vorlagen: Bewilligung von Baudarlehen und Aufnahme einer Kommunalanleihe zog der Bürgermeister zurück, so daß sie nicht zur Beratung kamen." Der Kern der ganzen Sache ist, man wollte den Unternehmern auf Kosten der Allgemeinheit den Gewinn einheimsen lassen und den Kommunisten eins auswischen. Arbeiter, laßt Euch nicht bestören! Die Fraktion der KPD. will nicht, daß auf Eure Kosten an die Unternehmer die Gelder verschachert werden. Auch das Land soll nicht an Privatunternehmer verschachert werden, sondern für die Allgemeinheit Verwendung finden. Gebt diesen Heuchlern bei der Wahl die richtige Antwort!

Uebigau. Bürgermeisterwahl. Zur Wahl hatten sich 230 Bewerber gemeldet. In der ersten Sitzung wurde Bürgermeister Blodwitz (Landvolk) gewählt. Dieser hatte aber wegen Wohnungsmangel abgelehnt. In einer zweiten Sitzung wurde der Stadtsekretär Schwarz (Herzberg) mit elf gegen eine Stimme gewählt.

Naundorf b. Leuchhammer. Betriebsratswahl. Auf der Friedländergrube, wo seit Oktober der unumschränkte Terror des Jungdo und des Vaterländischen Berufsverbandes sich breitmachte, hat die Belegschaft bei der Betriebswahl allen Schmarotzern eine unzweideutige Quittung ausgestellt. Für die Gewerkschaftliche Liste wurden 213 Stimmen abgegeben und auf die Vaterländische Liste der Geiger und Trompeter ganze 19 Stimmen. Der Betriebsrat ist nunmehr aus drei VSPD.- und drei KPD.-Leuten zusammengesetzt.

Aus der Jugendbewegung

Delitzsch. Jugendmitgliederversammlung. Mittwoch, den 2. April, abends 7 Uhr, im „Nordschlößchen" Mitgliederversammlung der KJ. Alle sympathisierenden Jugendlichen und alle die Schulentlassenen sind hiermit eingeladen. Jeder Jugendgenosse sorge für stärkste Beteiligung des jugendlichen Proletariats. Tagesordnung: 1. Die Notwendigkeit des Kampfes des Jungproletariats und die KJ. als seine Führerin. (Referent: Gen. Eichler.) 2. Organisationstagen. Nach Beendigung der Tagesordnung von 8 bis 9 Uhr, eventuell länger, Liederabend. Instrumente und Liederbücher mitbringen.

Aus der Partei

Zur Diskussion in der Partei

Die am Freitag in Halle stattgefundene Mitgliederversammlung der KPD., Ortsgruppe Halle, nahm zu den taktischen Fragen in der Partei Stellung. Nach Referat und Korreferat und einem kurzen Bericht vom Bezirksparteitag wurde die Entschließung der linken Opposition mit 302 Stimmen angenommen. Die Entschließung der Mittelgruppe erhielt 85 Stimmen. Die Entschließung der Linken lautet:

„Die heute im „Volkspark" stattfindende Mitgliederversammlung des Ortsvereins Halle der KPD. stellt fest, daß die KPD. und die Komintern durch die Politik reformistischer und opportunistischer Gruppen sich in einer schweren Krise befindet. Die Mitgliederversammlung sieht in dem Kampf der russischen Opposition der KPR. einen Versuch zur Lockerung der Diktatur des Proletariats und eine Gefährdung der Sowjetmacht und stellt sich einmütig auf den Beschluß des JK. und der Resolution, die einstimmig auf der russischen Parteikonferenz angenommen wurde. Die in den deutschen Fragen angenommene Resolutionen nimmt die Mitgliederversammlung zur Kenntnis. Sie verlangt, daß in der KPD. und in der KJ. mit aller Kraft der Kampf geführt wird zur Vernichtung aller reformistischen und opportunistischen Tendenzen.

Die Mitgliederversammlung stellt fest, daß die Art, wie die Einheitstaktik durchgeführt, wie die Parole der Arbeiter-Regierung aufgefaßt und Zwischenlosungen der Schwätzerfassung aufgestellt werden, der Ausdruck der reformistischen Strömungen in den Reihen der Partei war, die mit zum Versagen der KPD. im Oktober vorigen Jahres führte. Sie billigt ausdrücklich die Ansichten der Parteiopposition in diesen grundlegenden Fragen und lehnt den Standpunkt der sogenannten Mittelgruppe ab, besonders ihre Stellung, daß die Partei im Oktober den bewaffneten Aufstand nicht aufnehmen konnte.

Die Mitgliederversammlung erklärt, daß im Oktober vorigen Jahres der revolutionäre Entscheidungskampf notwendig war.

Die Mitgliederversammlung ist sich bewußt, daß die jetzt geschaffene Parteisituation ihr die höchste Verantwortung für die gesamte Partei auferlegt. Die Mitgliederversammlung wendet sich daher an alle Mitglieder und Funktionäre mit der ernstesten Aufforderung zur intensiven Mitarbeit namentlich in allen politischen Fragen des Parteilebens und zur stärksten Mobilisierung aller Kräfte des Ortsvereins Halle, um die Massen den reformistischen Führern zu entreißen, um den Deutschnationalen jeden Boden unter den breiten Massen der Arbeiter, der ländlichen und städtischen proletarisierten Mittelschichten zu rauben.

Die Mitgliederversammlung sieht die Aufgabe des Reichsparteitages darin, die Voraussetzung zu schaffen für die endgültige Liquidierung aller reformistischen und opportunistischen Tendenzen. Nur durch eine Orientierung der Gesamtpartei auf dem Boden der Linken unter einer einheitlichen linken Führung kann die KPD. die gegenwärtige Krise überwinden und zu einer wirklichen kommunistischen Massenpartei werden."

Gewerkschaftsbewegung

Die Remscheider Arbeiter gegen die Spaltungsstrategen

(Eig. Ber.) **Remscheid, 29. März.**

Die Stuttgarter Spaltungsstrategen haben auch gestern ihre Arbeit durchzuführen versucht. Der im Einvernehmen mit dem Arbeitgeberverband in Remscheid aufgetauchte „neue Herr Eichler" versuchte auch gestern wiederum in die Räume des Metallarbeiterbureaus einzudringen. Sein Vorhaben ist an der Entschlossenheit der Remscheider Funktionäre und an einigen sehnigen Arbeiterfäusten geschettert.

Die engere sowohl als die erweiterte Verwaltung der Verwaltungsstelle des DMV. haben zu der Spaltungsarbeit der Dismann-Kommissare Stellung genommen und einmütig eine Entschließung angenommen, in der es heißt:

„. . . Die Ortsverwaltung protestiert gegen das allen gewerkschaftlichen Regeln hohnsprechende Verhalten des Vorstandes. Die Ortsverwaltung kann die Notwendigkeit der Anordnung des Hauptvorstandes nicht anerkennen. Sie erblickt in derselben ein Zerschlagen der hiesigen Organisation und lehnt daher ein Zusammenarbeiten mit dem Kommissar ab.

Die Ortsverwaltung verpflichtet die Geschäftsführer, sich nur an die von der Ortsverwaltung gefaßten Beschlüsse zu halten."

Ferner wurde beschlossen, für Sonntag, den 13. April, eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen, in der zu der ganzen Angelegenheit Stellung genommen werden soll. Die Arbeitervertreter von Stuttgart arbeiten in einer so schamlosen Art und Weise mit dem Unternehmertum zusammen, daß die Arbeiterschaft diesem Treiben keinen Augenblick mehr tatenlos zusehen kann.

Solidarität aller Remscheider Gewerkschaften mit den Metallarbeitern

Eine Vollversammlung des Kreisausschusses Lennep-Remscheid des ADGB. nahm gestern Stellung zu den Spaltungsabsichten der Reformisten. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, in der die Einberufung eines neuen Kongresses der Gewerkschaftsopposition ganz Deutschlands im Mai begrüßt wird. Und ebenfalls einstimmig wurde folgende Entschließung gegen die Spaltungsoffensive der Gewerkschaftsbureaukraten angenommen:

„Die Vollversammlung des Kreisausschusses Lennep-Remscheid des ADGB. sieht mit Besorgnis und Entrüstung die von den Organisationspitzen besonders in unserem Gebiet mit allen Mitteln betriebene Ausschaltung aller Organisationskörper aus den Gewerkschaften. Sie sieht darin die bewußte Absicht, die Gewerkschaften zu spalten, um mit den verbleibenden Resten desto ungestörter dem kapitalistischen Wiederaufbau dienen zu können. Die Versammlung erwartet, daß alle Organisationen zu der am 6. April stattfindenden Konferenz der Opposition in Ohligs ihre Vertreter entsenden, um die Wege zu beraten, die geeignet sind, die Spaltungsabsichten zu durchkreuzen und schweren Schaden von der Arbeiterschaft abzuwenden."

Achtung, Opposition im Baugewerbe!

Am Montag, dem 31. März, findet in der Produktiv-Genossenschaft, abends 7 Uhr, eine Versammlung der Gesamtopposition für das Baugewerbe Halle statt. Wir ersuchen die oppositionellen Gewerkschaftsmitglieder des Baugewerksbundes, restlos vertreten zu sein.

Am Dienstag, dem 1. April, findet im „Volkspark", abends 8 Uhr, eine öffentliche Bauarbeiterversammlung statt. Referent Kollege Fritz Jäckel (Chemnitz).

Der Kampf im Baugewerbe um den Achtstundentag

Vom Deutschen Baugewerkschaftsbund, Ortsverwaltung Halle, wird uns geschrieben:

Am 8. Januar d. J. machten die Unternehmer des Bezirks Sachsen-Anhalt den ersten Vorstoß wegen Verlängerung der Arbeitszeit von acht auf zehn Stunden täglich. Den Vorstoß zu verwirklichen, ließen aber die Witterungs- und Lichtverhältnisse nicht zu. Auf Grund der famosen Arbeitszeitverordnung (§ 12) kündigte die Tarifgemeinschaft der vier Arbeitgeberverbände den § 3 (Arbeitszeit) und § 5 (Zeitlohn) des RTV. zum 12. Februar und diktierten ab 13. März die zehnstündige Arbeitszeit.

Die Arbeitnehmervertreter stellten deshalb Antrag beim Tarifamt für das Baugewerbe wegen Vertragsbruchs, welches sich in seiner Sitzung vom 12. März mit dem Vorgehen der Unternehmer beschäftigte. Das unsinnige ihrer Handlungsweise einsehend, zogen sie ihr Diktat zunächst zurück. In zwei Verhandlungen haben unsere Spitzenvertreter es glatt abgelehnt, Zugeständnisse wegen Verlängerung der Arbeitszeit zu machen. Eine vom Staatssekretär Möllendorf im Auftrage des Arbeitsministeriums gebildete Schlichtungskammer kam zu dem Vorschlag, daß die Arbeitgeber ermächtigt sein sollten, die bisherige tägliche Arbeitszeit bis zu neun Stunden (wöchentlich 54 Stunden) zu verlängern. Ein Schiedsspruch wurde aber nicht gefällt.

Durch Flugblätter, Artikel in der Arbeiterpresse, in öffentlichen sowie Mitgliederversammlungen, wurde die Bauarbeiterschaft unseres Bezirks auf die drohenden Gefahren aufmerksam gemacht. Vor allem wurde auf die große Zahl der erwerbslosen Bauarbeiter hingewiesen, deren Not und Elend nie beseitigt würde, wenn die in Arbeit stehenden Kollegen mehr als acht Stunden arbeiten. Wir waren deshalb der Meinung, daß kein Unternehmer es wagen könnte, den Bauarbeitern die Verlängerung der Arbeitszeit anzubieten. Leider haben wir uns getäuscht.

Unter dem Druck des Unternehmers bringen es die Kollegen der Firma W. Freymuth in Könnern, Baustelle Alt-Matzahorst, (aus Furcht vor Entlassung) fertig, zehn Stunden täglich zu arbeiten. Auf einigen kleineren Baustellen derselben Firma wird neun Stunden gearbeitet. Dasselbe ist auch bei der Firma Krühe & Richter zu verzeichnen. Alle Vorstellungen bei diesen Kollegen, von ihrem Tun abzulassen und nur acht Stunden zu arbeiten, waren ergebnislos. Mit wenigen Ausnahmen erklärten sie: „Wir haben lange genug gebummelt, wenn wir es nicht machen, tun es eben andere." Diese Ansrede wird hauptsächlich gebraucht von Kollegen aus der Umgegend von Könnern, die Hunger und Not noch nicht so gespürt haben. Bei der Firma Karl Schulze, Halle, Ranischestraße, wird — ohne Rücksicht auf die arbeitslosen Kollegen — ebenfalls neun Stunden gearbeitet. Eine solche Handlungsweise kann mit Recht verbrecherisch genannt werden.

Im Auftrage des Arbeitsministers hatte der Schlichter für die Provinz Sachsen und Anhalt für Mittwoch, den 26. März, eine Verhandlung wegen Festsetzung der Arbeitszeit anberaumt. Hier erklärten die Unternehmer durch ihren Sprecher: Wir denken nicht daran, den bestehenden Lohn abzubauen. Im Interesse des wirtschaftlichen Aufbaues müßte aber, wie in andern Berufen, auch im Baugewerbe länger gearbeitet werden. Von Arbeitnehmerseite kam ein glattes „Nein". Die Verhandlung ist noch einmal vertagt. Es ist aber leicht denkbar, daß die Entscheidung in ganz kurzer Zeit durch den Schlichter fällt — die Schlichtungsordnung gibt ihm das Recht dazu — dann wird es sich zeigen, ob die Bauarbeiter gewillt sind, sich zu fügen. Deshalb richten wir noch einmal den Mahnruf an alle Kollegen: „Arbeitet nicht länger als acht Stunden."

Neues vom Tage

Die Rache des Verschmähten. In der Augustenstraße in München ereignete sich eine furchtbare Tat. Der 55jährige Geschäftsführer Zahr erschoß die verwitwete Inhaberin des Geschäftes, in dem er tätig war, und ihre Tochter im Keller, übergoß dann die Leichen mit Benzin und zündete sie an. Dann brachte er sich selbst schwere Schußverletzungen bei. Der Täter wurde noch lebend vorgefunden. Gegen den ausbrechenden Brand mußte die Feuerwehr vorgehen. Der heimkehrende Sohn der Ermordeten wollte sich in der Verzweiflung aus dem Fenster stürzen. Der Täter hatte zuerst die Mutter und dann die 15jährige Tochter heiraten wollen, war aber von beiden abgewiesen worden.

Ueberschwemmungen in Osteuropa. Aus Prag wird gemeldet, daß das plötzlich eingetretene Tauwetter und die starken Regengüsse starkes Anschwellen aller Flüsse in der Tschechoslowakei zur Folge gehabt haben. Auch aus Budapest kommen Meldungen über Ueberschwemmungen, durch die bisher 70 Familien obdachlos gemacht worden sind. Auch mehrere Menschenopfer sind zu beklagen. Das Steigen des Wassers hält an. Auch Theiß und Donau sind im Steigen begriffen und bedrohen mehrere Ortschaften. Gleichlautende Meldungen treffen auch aus Warschau ein. In der Nähe von Warschau ist die Weichsel über ihre Ufer getreten. Die Umgegend von Warschau steht zum großen Teil bereits unter Wasser. Außer großem Sachschaden sind auch Menschenopfer, deren Zahl sich noch nicht hat feststellen lassen, zu beklagen. Zivil- und Militärbehörden leiten die Rettungsaktion. Viele Ortschaften mußten geräumt werden. Aus den Vororten flüchtet die Bevölkerung nach der Hauptstadt. Einige Eisenbahnverbindungen mußten eingestellt werden.

34 Opfer eines tollen Hundes. Die Einwohner des Fleckens Capovietro bei Neapel werden schon seit Wochen durch einen tollen Hund in Aufregung gehalten. Die angsterfüllten Einwohner haben verschiedentlich Jagd auf den Köter gemacht. Sie scheinen aber schließlich Schützen zu sein, denn den Hund hat noch keiner getroffen, wohl aber sind bei der wilden Schießerei bereits 34 Bauern verwundet worden.

Tänzer in Flammen. Eine furchtbare Szene ereignete sich bei einem Balle in Amiens, auf dem vier junge Leute, als Eskimos verkleidet, erschienen waren. Sie hatten sich mit großen Mengen von Baumwolle umwickelt, und ihre sehr feuergefährlichen Kostüme wurden plötzlich durch ein Streichholz in Brand gesetzt, das ein Raucher fortgeworfen hatte. Im Nu standen die vier Tänzer in Flammen, und während im Tanzsaal eine Panik ausbrach, stürzten diese „lebendigen Fackeln" auf die Straße, wobei sie den leichtgekleideten Damen zuriefen, ihnen nicht zu nahe zu kommen, damit sie nicht auch Feuer fingen. Hinter ihnen stürzten Männer mit Teppichen und Decken her, um die Flammen zu ersticken. Dies gelang auch in drei Fällen, in denen die Unglücklichen aber schwere Brandwunden an Gesicht und Händen davontrugen. Zwei dieser zunächst Geretteten sind so schwer verbrannt, daß man an ihrem Aufkommen zweifelt. Der vierte Tänzer war bereits verbrannt, als es gelang, die Flammen zu ersticken.

28 Bergleute lebendig begraben. Nach einer Meldung aus Charles in West-Virginia sind in Bluefield infolge eines großen Schlagwetters 28 Mann in der Grube Yukonpacahontas lebendig begraben worden. 13 Leichen wurden bereits geborgen. Man hat wenig Hoffnung, die übrigen Bergleute zu retten.

Arbeiter-Sport

Arbeiter-Turn- und Sportbund.

Am 23. März hatten sich die Vertreter der Arbeiter-Turn- und Sportvereine des 3. Bezirks, 16. Kreis, in Elsterwerda zusammengefunden, um den diesjährigen Bezirkstag abzuhalten. Am Vorabend war ein Bezirks-Turn- und Sport-Werbeabend veranstaltet. Die Leistungen gaben ein Bild, was sich der Arbeiter-Turn- und Sportbund zum Ziele gesetzt hat. Der Sonntag zeigte, wie das Interesse an der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung wieder gestiegen ist. Kameradschaftsführer Kamitz 10 Uhr konnte der Bezirksvorsitzende Arno Raabe (Senftenberg) die Tagung eröffnen und 73 Vertreter (von 87) den Willkommengruß entbieten. In seiner Begrüßungsrede gab er einen Rückblick auf die Bewegung der Arbeiter-Turn- und Sportsache. Zum Bezirk gehörten 88 Vereine mit 8342 Mitgliedern an, eingetreten waren zehn Vereine, abgemeldet 11. Das letzte Bezirksturnfest in Bockwitz war eine Heerschau über die Turner im Bezirk. Bezirksturnwart Siegel (Großräschen) berichtet im technischen Teil über Bezirks- und Gruppenturnerkämpfen bei Turnerinnen und Turnwartz. Nahezu 100 Turner und Turnerinnen haben in vergangenen Jahre die Prüfungen als Kampfrichter mit Erfolg abgelegt. Es wurde dann auf das Jugendtreffen im Bezirk, das Kreisturnfest in Finsterwalde und das Bundesgeräteturnen hingewiesen. Der Kreisvertreter Roock weist auf den 14. Bundestag hin, welcher während der Pfingsttheilage in Kassel stattfindet. Ein Antrag Teichleibe, die von dem Bundesvorstand geforderte Sportentbindung abzulehnen, wurde angenommen. Im Laufe der Debatte wurde eine Resolution verlesen und angenommen, welche den parlamentarischen Vertretern das Mißtrauen ausspricht, die für das Ermächtigungsgesetz gestimmt haben. Bei den Neuwahlen wurde der alte Bezirksvorstand einstimmig wiedergewählt. Die technische Leitung wird sich in der am 7. April stattfindenden Turnwartekunde in Senftenberg zur Wahl stellen.

Briefkasten

K., Uebigau. Eine direkte Verpflichtung besteht zwar nicht, aber es ist allgemein üblich, daß gegen Erstattung etwaiger Unkosten die Abschrift gestattet wird. Dies ist noch nirgends abgelehnt worden.

M. L., Lützen. Hier nicht eingegangen. Kann nicht darauf zurückgekommen werden?

Verantwortlich: Louis Drechsler für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Kroh Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Eisleben
250 Frauen und Mädchen
können jetzt zu Beginn der Frühjahrsbestellung in die
Landwirtschaft
untergebracht werden. Lohn hat sich erhöht. Zum Teil wird freie Wohnung gewährt.
Meldungen beim 63
Arbeitsamt, landwirtschaftliche Abteilung

Frühjahrs- u. Sommerhüte, Lederhüte in großer Auswahl bei mäßigsten Preisen, da kein Laden. **Umarbeiten u. Umpressen** 1099 **Torstraße 1,** 1 Tr. (Post)

Wir suchen zum baldmöglichsten Eintritt einen tüchtigen *194
techn. Betriebsleiter
Ausführliche schriftl. Bewerbungen an die **Chemnitzer Druck- und Verlagsanstalt, G. m. b. H., Chemnitz, Schützenstraße 23.**

Kinderwagen auf 1077
Kredit
Große Auswahl
Kleine Wochenraten
N. Fuchs
Möbelhaus
Gr. Ulrichstr. 58 I.

Alle Bücher
können durch unsere **Buchhandlungen** bezogen werden.

Familiennachrichten

Nachruf.
Am 29. März 1924 verstarb der bei uns beschäftigte Bauhilfsarbeiter
Karl Kühne
Der Verstorbene hat längere Zeit unserem Betriebe angehört u. war ein pflichtetreuer Mitarbeiter.
Wir werden sein Andenken in Ehren halten. 1104
Die Geschäftsführung, die gesamte Belegschaft der Mitteldeutschen Bauzentrale, G. m. b. H.

KPD., Ortsgruppe Bielsterik
Nachruf
Am 29. März wurde unsere Gen.
Lina Bräner
plötzlich aus unseren Reihen gerissen. Wir verlieren eine unserer besten Kämpferinnen und werden ihr ein dauerndes Andenken bewahren.
Beerdigung Dienstag, nachmitt. 5 Uhr. Beteiligung somit Parteigenossen ist Pflicht. Treffpunkt 1/2 5 Uhr am „Volksheim". [78

Am Sonnabend, früh 1/2 7 Uhr, verschied nach kurzem, schwerem Leiden mein herzensguter Mann, unser treusorgender Vater, Bruder, Schwiegersohn und Schwager
Karl Kühne
im Alter von 35 Jahren [1111
In tiefer Trauer und zugleich im Namen aller Hinterbliebenen
Martha Kühne geb. Krawczyk
Die Einäscherung findet Mittwoch, 2 Uhr, auf dem Gertraudenfriedhof statt. Kranzspenden dankend abgelehnt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240331-15/fragment/page=0008